

**Verabschiedung des Haushaltsplans 2007 der Stadt Ettlingen einschließlich Stellenplan**

---

**Beschluss: (24:5 Stimmen, 9 Enthaltungen)**

I. Aufgrund der §§ 79 und 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 14. Februar 2006 (GBl. S. 705) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 beschlossen:

**§ 1**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	109.254.980 €
davon	
im Verwaltungshaushalt	92.559.600 €
im Vermögenshaushalt	16.695.380 €
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	3.353.050 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	7.173.500 €

**§ 2**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 6.000.000 € festgesetzt.

**§ 3**

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe auf	230 v. H.
1.2 B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge	300 v. H.
2. Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag auf der Steuermessbeträge.	350 v. H.

## II. Ferner wird Kenntnis genommen von

1. der Finanzplanung für den Planungszeitraum 2006 - 2010
2. dem voraussichtlichen Investitionsprogramm 2006 - 2010

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der Entwurf des Haushaltsplans 2007 (incl. Anlagen) wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 08. November 2006 übergeben.

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 5./6. Dezember 2006 statt.

- - -

### Haushaltsrede Stadtrat Foss:

„Wir verabschieden heute einen Haushalt, der erstmals seit einigen Jahren wieder gekennzeichnet ist von nicht unbeträchtlichen Steuermehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer, aber auch der Einkommensteuer. In diesen Zahlen drückt sich die positive Konjunkturerwicklung in unserem Lande aus, die jetzt sogar auch - wie die kürzlich veröffentlichten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit beweisen - ihren Niederschlag in gesunkenen Arbeitslosenzahlen findet. Erstmals seit vier Jahren ist die Anzahl der Arbeitslosen erfreulicherweise wieder unter die Grenze von 4 Millionen gesunken.

Möglich geworden ist der Aufschwung nicht zuletzt dadurch, dass sich unser Mittelstand, der 70 % der Arbeitsplätze im Land bereit stellt, in den vergangenen Jahren fit gemacht hat und jetzt, da die Weltkonjunktur zunehmend an Fahrt gewinnt, hervorragend aufgestellt ist. Wir danken unserem Handel, Handwerk und Gewerbe sowie der Industrie für den im buchstäblichen Sinne des Wortes wertvollen Beitrag, den sie für unsere Stadt durch Zurverfügungstellung von Arbeitsplätzen und durch Steuerzahlungen leisten.

Deutschland ist immer noch Export-Weltmeister. Globalisierung bedeutet für uns daher nicht nur, dass wir mit Billiglohnländern konkurrieren müssen, sondern dass uns Deutschen die Chance gegeben ist, mit unseren Stärken, nämlich unserem technischen Know-how der Weltspitze, auf dem Weltmarkt Marktanteile hinzuzugewinnen.

Der Satz, wonach Europa kränkelt, wenn Amerika niest, gilt heute nicht mehr wie früher: Die Konjunkturlokomotiven Asiens, die unverändert dampfen, stellen zunehmend die wirtschaftliche Bedeutung der Vereinigten Staaten in den Schatten. Hier wirkt sich die Globalisierung durchaus positiv, nämlich ausgleichend auf die weltwirtschaftliche Konjunktur, aus. Deshalb sind die führenden Ökonomen für Europa unverändert optimistisch gestimmt, so dass wir aller Voraussicht nach auch in den künftigen Jahren mit einer anhaltend positiven Konjunkturerwicklung und weiter steigenden Steuereinnahmen rechnen können.

War die Ausgangslage bereits bei der Haushaltseinbringung Anfang November günstig, nämlich mit Gewerbesteuereinnahmen für das laufende Jahr 2006, die um mehr als 12 Millionen Euro höher als ursprünglich veranschlagt ausgefallen waren, so dass die Zuflüsse an Gewerbesteuer für das kommende Haushaltsjahr mit 32,5 Millionen veranschlagt werden konnten, ist inzwischen noch die angenehme Überraschung hinzu gekommen, dass aufgrund des Haushaltserlasses des Landes Baden-Württemberg für das kommende Jahr mit einem höheren Gemeindeanteil der Stadt Ettlingen an der Einkommenssteuer von 3 Millionen Euro gerechnet werden kann. Bemerkenswert ist, dass bereits in den vergangenen drei Jahren auf-

grund besserer Zahlen auf die ursprünglich in jedem dieser Jahre vorgesehene Kreditaufnahme und Rücklagenentnahme letztlich verzichtet werden konnte und sich die ursprünglich negativen Zuführungsraten in positive Zuführungsraten, d. h. in Zuführungsraten vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt - so wie es also sein muss - , verwandelt haben. Nach den Ergebnissen der Beratungen im Verwaltungsausschuss werden wir für das Jahr 2007 jetzt sogar eine positive Zuführungsrate von 6,2 Millionen Euro ausweisen können. Bereits bei der Haushaltseinbringung hatte ich darauf hingewiesen, dass nach den jüngsten offiziellen Steuerschätzungen die öffentliche Hand sowohl in diesem wie auch im nächsten Jahr mit kräftig steigenden Steuereinnahmen rechnen kann. Die unserer mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre bis 2010 zugrunde liegenden Zahlen sind nach alledem mit hoher Wahrscheinlichkeit zu konservativ. Angesichts dieser günstigen Zahlen ist meine Fraktion der Auffassung, dass wir daraus dem Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung einen Zuschuss in Höhe von 1 Million Euro zukommen lassen sollten, damit die aller Voraussicht nach unvermeidliche Gebührenerhöhung im kommenden Haushaltsjahr, die durch die Unterdeckungen vergangener Jahre erforderlich werden wird, aufgefangen werden kann. Mit einem solchen Zuschuss aus den höheren Zuweisungen kann die Gebührenerhöhung von 32 Cent pro Kubikmeter Abwasser vermieden werden, die aufgrund von kommunalabgabenrechtlichen Bestimmungen sonst zum 1. Juli des nächsten Jahres unweigerlich auf uns zukommt. Jedenfalls einen Teil von dem unerwarteten Geldsegen, der uns im kommenden Haushaltsjahr durch höhere Steuereinnahmen beschert wird, sollten wir also nach Auffassung meiner Fraktion an den Bürger weitergeben. Die 3 % Mehrwertsteuererhöhung im nächsten Jahr wirkt konjunkturendämmend. Es passt nicht in die konjunkturelle Landschaft, diese steuerliche Mehrbelastung durch Gebührenerhöhungen zu verstärken. Vielmehr ist hier antizyklisches Handeln angesagt, um die Inlandsnachfrage und die Investitionsbereitschaft nicht zu schwächen, sondern ihre schon deutlich spürbaren Auftriebskräfte zu unterstützen. Es verwundert uns ein wenig, dass einer nicht unmaßgeblichen FDP-Politikerin wie Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, die naturgemäß den Marktkräften mehr als andere verschrieben ist, diese an sich nahe liegenden volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht einleuchten wollen.

Durch die ansonsten unvermeidliche Gebührenerhöhung würden zudem die Mieter von gewerblichen und von Wohnraummietverhältnissen zusätzlich belastet, bei denen sich die sog. zweite Miete, also die Umlage der Betriebskosten, ohnehin durch die ständig gestiegenen Energiepreise laufend erhöht hat und die für diesen Personenkreis daher zunehmend einen erheblichen finanziellen Belastungsfaktor darstellt. Es stimmt nicht, dass mit diesem Schritt im Wesentlichen die Industrie entlastet wird, wie behauptet wird: Von den Einleitungsmengen entfallen nämlich auf die Industrie lediglich etwas über 30 %, auf die Haushalte der Verbraucher jedoch der Löwenanteil mit nahezu 70 %. Bei dem Gebührenaufkommen ist das Verhältnis der Entlastung zu Gunsten der Verbraucher noch deutlicher, nämlich mit nahezu 80 % und bei der Industrie mit über 20 %.

Gewiss ist es auch notwendig, unseren Haushalt in den künftigen Jahren zu konsolidieren, Ausgabensteigerungen im Verwaltungshaushalt zu vermeiden und nach Möglichkeit Ausgaben einzusparen. Deshalb hat ja der Gemeinderat auf Initiative unserer Fraktion erst kürzlich einen Beschluss gefasst, wonach die Gemeindeprüfungsanstalt mit der Untersuchung weiterer Verwaltungsbereiche hinsichtlich der Möglichkeiten des sog. Outsourcing beauftragt wurde. Ziel dieses Auftrags ist es, einen höheren Kosteneinsparungsgrad im Verwaltungshaushalt sowie Effizienzsteigerungen in der Verwaltung herbeizuführen. Durch Auslagerung bestimmter Aufgabenbereiche aus der Verwaltung, die von Dritten, insbesondere Dienstleistungsunternehmen, kostengünstiger ausgeführt werden, sollten nachhaltige Kosteneinsparungen im Verwaltungshaushalt bewirkt werden können.

Unsere Partei versteht sich als Partner der Ettlinger Vereine. Das Vereinsleben in unserer Stadt hat seit jeher einen ganz besonderen Stellenwert. Ihre ehrenamtliche Arbeit ist für unsere Stadt von unschätzbarem Wert. Das Vereinsleben unserer Stadt hat eine große Tradition, die bis in die Zeiten der badischen Revolution zurückreicht. Neben großen Traditionsvereinen haben viele neue Vereine ihren Wirkungskreis gefunden. Sie alle sind für die Vielfalt unseres städtischen Lebens unverzichtbar. In den Vereinen wird ein bürgerschaftliches Engagement

geleistet, dessen Bedeutung für unser städtisches Gemeinwesen gar nicht oft genug betont und herausgestellt werden kann.

Wir danken den Ettlinger Vereinen für ihre Solidarität in den vergangenen Jahren und das Verständnis, das sie aufgebracht haben, als wir aufgrund finanzieller Engpässe die Vereinsförderung zu kürzen gezwungen waren. Nachdem sich die Zahlen jetzt wieder günstiger darstellen, ist meine Fraktion der Auffassung, dass es Zeit ist, diese Kürzung wieder rückgängig zu machen. Wir sind hier den Ettlinger Vereinen im Wort. Meine Fraktion ist deshalb froh darüber, dass der Gemeinderat auf unsere Initiative hin beschlossen hat, das den Ettlinger Vereinen gegebene Versprechen einzulösen, die Kürzung in besseren Zeiten wieder rückgängig zu machen. Wir verbinden damit unseren Dank und unsere Anerkennung, die wir für die wertvolle und wichtige Arbeit unserer Ettlinger Vereine empfinden. Das eine kinder- und familienfreundliche Stadt für unsere Fraktion kein bloßes Lippenbekenntnis ist, haben wir durch mehrere Initiativen in den vergangenen Monaten bewiesen.

Eines der wichtigsten kommunalpolitischen Ziele unserer Fraktion war und ist es, für ein kinder- und familienfreundliches Ettlingen zu sorgen. In diesem Zusammenhang ist an unsere Initiative zu erinnern, den Ettlinger Familienpass aufzuwerten und die Schulmensen in denjenigen Schulen finanziell abzusichern, in denen Einrichtungen zur Ganztagesbetreuung geschaffen werden. Gerade weil auch vorschulische Ganztagesbetreuungseinrichtungen immer wichtiger werden, haben wir ihrem schrittweisen Ausbau bis zum Jahre 2010 zugestimmt und haben jetzt auch im Rahmen dieser Haushaltsberatungen die Bezuschussung für die Erweiterungen des Mehrzweckraumes im Kinderhaus St. Elisabeth in der Kernstadt als Bewegungsraum durchgesetzt. Zu nennen ist weiterhin unser Fraktionsantrag zur Durchführung eines Wettbewerbs für ein familienfreundliches Ettlingen, mit dem die Familienfreundlichkeit von Personen und Institutionen in unserer Stadt ausgezeichnet werden sollen und der bei dem von der Stadt Ettlingen kürzlich veranstalteten Sozialforum gestartet wurde.

Mit unserer Fraktionsinitiative, Zweitkinder beitragsfrei zu stellen, die parallel mit einem ersten Kind den Kindergarten besuchen und bisher die Hälfte bezahlen, sowie Dritt- und nachfolgend geborene Kinder grundsätzlich beitragsfrei zu stellen, haben wir den Anstoß gegeben zu einem Wettlauf der verschiedensten Vorschläge unter den anderen Fraktionen dieses Hauses, mit denen wechselseitig die jeweils anderen Vorschläge übertrumpft werden sollen. Wir dürfen dazu in Erinnerung bringen, dass es uns mit unserer Initiative darum ging, die Mehrkindfamilien zu entlasten. Die anderen Varianten entsprechen nicht mehr dieser Zielvorstellung. Sie finden daher unsere Zustimmung nicht.

Insbesondere stimmen wir der Variante, wonach das letzte Kindergartenjahr, das Vorschuljahr also, beitragsfrei gestellt werden soll, deshalb nicht zu, weil bereits auf Landesebene eine solche Förderung erwogen wird. Signalisieren die Gemeinden dem Land, dass sie selbst schon das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen, ist das das falsche Signal: Denn das Land hat keinen Anlass mehr sein eigenes Projekt weiterzuverfolgen, wenn ihm eine Gemeinde um die andere die finanzielle Last dieser Bezuschussung abnimmt. Ein solcher Schritt ist ein unnötiges und unkluges Vorpreschen in einer Angelegenheit, die landeseinheitlich geregelt und vom Land übernommen werden sollte.

Mit unserem Antrag, der ein Volumen hat von rund 200.0000 Euro jährlich und 0,5 Personalstellen, versuchen wir außerdem finanzpolitisch auf dem Teppich zu bleiben. In diesem Zusammenhang darf auch einmal daran erinnert werden, dass sich die städtischen Zuschüsse an die Kindergärten bereits auf fast 4 Mio. Euro belaufen. Wir halten nach alledem an unserem Antrag fest, mit dem wir es waren, die überhaupt erst die Initiative zu einer Beitragsfreistellung ergriffen hatten, ehe andere dann auf den fahrenden Zug aufgesprungen sind.

Die CDU-Fraktion spricht sich unverändert für die Schaffung eines Familienzentrums in Ettlingen aus, bedauert aber, dass die konzeptuellen Bemühungen bislang zu keinem ausreichend schlüssigen und überzeugenden Ergebnis geführt haben. Insbesondere fehlt es bislang an ausreichenden Konturen, wie ein solches Familienzentrum aussehen soll. Nach den Vorstellungen unserer Fraktion sollte die Stadt Ettlingen sich im Rahmen des Aktionsprogramms

"Mehrgenerationenhäuser" der Bundesfamilienministerin von der Leyen bei der nächsten Ausschreibung bewerben, damit das Familienzentrum in der Form eines solchen Mehrgenerationenhauses in Ettlingen verwirklicht werden kann.

Nach der Konzeption des Bundesfamilienministeriums sollen Mehrgenerationenhäuser die vor Ort bestehenden Strukturen und Angebote stärken, weshalb sie sich am örtlichen Bedarf orientieren müssen; sie sollen Orte sein, an denen das Prinzip der Großfamilie in moderner Form gelebt werden kann. Unter diesem Aspekt erscheint uns die Einrichtung eines Familienzentrums sinnvoll und zielführend. Nachdem uns auf Bundesebene von der Berliner Koalitionsregierung solche geförderten Strukturen angeboten werden, sollten wir uns danach ausrichten und sie annehmen.

Nach dem "Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser" muss es allerdings zwingend ein Gebäude mit einem offenen Begegnungsraum, z. B. einem Café, geben. Ich persönlich meine, dass der Gedanke, diesen Ort im Erdgeschoß des Schlosses unterzubringen, etwa im Ostflügel im Bereich des Bergfrieds, durchaus etwas für sich hat. So könnten wir unser "Bürgerschloss" - auf das ich nachher noch ausführlicher zu sprechen komme - in der Tat zusätzlich mit Leben füllen. Der Standort erscheint auch wegen seiner Zentralität und seiner Nähe zum Senioren-Begegnungszentrum besonders geeignet.

Ettlingen hat als Schulstadt schon seit den Zeiten des legendären Bürgermeisters Philipp Thiebauth Tradition. Tatsächlich kommt den Gemeinden mit ihrer Verantwortung für den sächlichen Aufgabenbereich im Rahmen des Schulsystems gesellschaftspolitisch eine der wichtigsten Aufgaben zu, eine Aufgabe, deren gesellschaftliche Bedeutung in der heutigen Zeit unter den Erfordernissen einer Entwicklung zur Wissensgesellschaft noch ungleich größer ist.

Meine Fraktion war immer bestrebt, die Ettlinger Schulen bestmöglichst auszustatten und damit die Voraussetzungen zu schaffen, dass Schülerinnen und Schüler ein optimales Umfeld für Erziehung und Entwicklung erhalten. So hat sich Ettlingen auch seinen Ruf als attraktiver Schulstandort in der Stadt selbst und in seinem Umland erworben. An diesen günstigen Ausgangsbedingungen darf es auch in Zukunft nicht fehlen.

Wir sprechen uns daher für eine 10prozentige Erhöhung der städtischen Kopfbeträge bei den Sachkosten für die Ettlinger Real- und Gymnasialschulen aus, damit diese Schulen bei den vom Land vorgegebenen höheren Bildungsstandards mithalten können. Wir können nicht einerseits beklagen, dass unser Land im Pisa-Vergleich mit den anderen Ländern schlecht abschneidet, andererseits dann aber, wenn die Schulverwaltung mit einer Erhöhung der Bildungsstandards gegensteuern will, es an der hierfür erforderlichen sächlichen Ausstattung der Schulen fehlen lassen. Das ist in unseren Augen keine konsequente Bildungspolitik.

Das müssen sich vor allem diejenigen ins Stammbuch schreiben lassen, die andauernd fordern, der Bildungspolitik Priorität einzuräumen, dann aber, wenn es ums Geld geht, den schönen Worten keine Taten folgen lassen. Gerade Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben mit der Schaffung eines Bildungsamtes Hoffnungen geweckt, die sie jetzt mit einem falsch verstandenen, in Widerspruch dazu stehenden Sparverhalten enttäuschen.

Noch der letzte Gemeinderat hat auf Initiative unserer Fraktion dafür gesorgt, dass das Eichendorff-Gymnasium bis zu seinem 50-jährigen Jubiläum im Jahre 2007 baulich saniert ist. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Bemühungen des ehemaligen Stadtratskollegen Wolfgang Noller. Mit absoluter Mehrheit ausgestattet haben wir damals hierfür die nötigen Weichen gestellt. Für das Haushaltsjahr, in dem das Jubiläum jetzt stattfindet, können wir feststellen, dass wir die ursprünglichen Ziele erreicht haben - mit einer Ausnahme: Die Schulcontainer befinden sich mittlerweile in einem so beklagenswerten Zustand, dass sie erneuert werden müssen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass sie gegen neue Pavillons ausgetauscht werden, die auch zuschussfähig sind, damit sich das Eichendorff-Gymnasium in vollständig saniertem Zustand präsentieren kann. Ettlingen ist in Baden-Württemberg nach Baden-Baden die Stadt mit dem höchsten Anteil an älteren Einwohnern. Diese Tatsache ist für

uns Verantwortung und Aufgabe zugleich. Der demographischen Entwicklung gilt in unserer Stadt daher naturgemäß ein hohes Augenmerk. Unsere Ettlinger Senioren zeichnen sich durch ein besonders starkes bürgerschaftliches Engagement aus, was wir ausdrücklich anerkennen und würdigen. Das gilt namentlich für den Seniorenbeirat, dem wir für sein vielfältiges Engagement zu ganz besonderem Dank verpflichtet sind.

Unserer Verantwortung haben wir durch die Ansiedelung und Förderung der Altenpflegeeinrichtungen Stephanusstift I und Stephanusstift II entsprochen. Auch im Haushaltsplan des nächsten Jahres werden wir wieder beträchtliche Mittel ausweisen, nämlich für den Umbau und die Modernisierung des Stephanusstiftes I. Eine Aufgabe liegt für uns darin, für die Herstellung einer ausgewogenen Altersstruktur unserer städtischen Bevölkerung zu sorgen, was wir am Besten durch eine aktive Ansiedlungspolitik für junge kinderreiche Familien tun können und müssen.

Bereits im Sommer des Jahres 2005 wurde vom Gemeinderat auf unsere Initiative beschlossen, das Gelände zwischen der AVG und dem "Ferning" konzeptuell zu untersuchen, insbesondere um dort Wohnraum für junge Familien zu schaffen. Hieran möchten wir noch einmal mit allem Nachdruck erinnern, zumal gerade auch im Rahmen der gegenwärtigen Leitbilddiskussion dieses Gelände als nahe liegendes Projekt der Stadtentwicklung herausgestellt worden ist. Wir werden, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bei diesem Thema, auch wenn Sie sich damit schwer tun, uns "wie ein Hund an seinem Knochen" festbeißen und nicht locker lassen.

Wir Fraktionen aus dem Rathaus haben eine eigenständige Verantwortung, Visionen für die Zukunft zu entwickeln, die unsere Stadt voran bringen. Hierbei ist sicher ein Leitbildprozess dienlich, wie er gegenwärtig von der Stadt Ettlingen durchgeführt wird. Wichtig ist es allerdings, dass wir auch zu konkreten Projekten kommen und uns nicht im Allgemeinen und Unverbindlichen verlieren.

Hierzu gehört nach unserer Auffassung beispielsweise die Entscheidung, die der Gemeinderat im Frühjahr diesen Jahres für die künftige Energieversorgung getroffen hat, nämlich eine geeignete Fläche für ein Geothermie-Kraftwerk im Gewann "Heiligenfeld" vorzuschlagen und Verhandlungen über Firmenansiedelungen aufzunehmen - eine Entscheidung, die auf Initiative von uns und den Grünen zustande gekommen ist. Gleichzeitig wurde durch den eingeleiteten Bebauungsplan für den Geltungsbereich "Hertzstraße Südost" die planungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Ansiedlung von Gewerbebetrieben erfolgen kann, die die sog. Prozesswärme des Geothermie-Kraftwerks nutzen. Damit wird überhaupt erst die Kraftwerksansiedlung wirtschaftlich und realistisch und auch in nicht allzu ferner Zukunft möglich. Gleichzeitig wird damit das neu zu verplanende Gewerbegebiet "Hertzstraße Südost" für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben besonders attraktiv.

Eine andere, zukunftsweisende Entscheidung hat der Gemeinderat vor kurzem zu der Neubewerbung um eine Landesgartenschau in unserer Stadt getroffen, die ebenfalls auf eine gemeinsame Initiative von uns und den Grünen zustande gekommen ist. Wir freuen uns, dass die Mehrheit des Gemeinderats dabei das eigentliche Anliegen erkannt und unterstützt hat, nämlich den "Grünen Gürtel" im Norden der Stadt zum Bestandteil der Bauleitplanung zu machen, einer geplanten Parklandschaft unter Einbeziehung des Friedhofs bis hin zur Durlacher Straße mit ihrer Fortsetzung zwischen der Durlacher und der Karlsruher Straße und ihrer Weiterführung bis zur Bulacher Straße, so dass sich damit um Ettlingen der Ring schließen wird, dessen erster Bogen im Süden der Stadt bei der Landesgartenschau 1988 geschlagen wurde.

Gemeinsam mit den Grünen haben wir uns auch stark gemacht für die Einführung energiesparender Leuchten: Nach unserer Initiative sollen für die nächsten vier Jahre jährlich 1.200 Leuchten der Stadtbeleuchtung, insgesamt dann also 4.800 Leuchten, ersetzt und so jährliche Stromkosten in Höhe von 30.000 Euro eingespart werden. Abgesehen von diesen sinnvollen wirtschaftlichen Gründen bieten uns die neuen Leuchten mit ihrem gelblichen Farbton außerdem die Möglichkeit, unsere Stadt in ein wärmeres Licht zu tauchen.

Wir freuen uns darüber, dass die Verwaltung Mittel für die Neukonzeption des Schlosses in den Haushaltsplan in Höhe von 320.000 Euro eingestellt hat. Das steht im Einklang mit der Diskussion, die wir in diesem Jahr im Gemeinderat geführt haben. Wir sehen darin ein Ergebnis unserer Fraktionsinitiative zur Aufpolierung unseres Juwels, dem "Bürgerschloss", vom vergangenen Jahr.

Unsere Fraktion stimmt den Grundgedanken der von der Verwaltung erarbeiteten Konzeption zu, nämlich der räumlichen Trennung der Funktionen Kultur/Vermietung/Tagung im ersten Obergeschoß und Museum im zweiten Obergeschoß mit der Haupterschließung des Schlosses über das zentral gelegene Südportal. Den Musensaal hält meine Fraktion allerdings nicht für den geeigneten neuen Standort für die Stadtinformation. Wir sind auch der Auffassung, dass das Archiv aus dem Schloss heraus verlegt werden soll; die Räume der Museumsverwaltung gehören in den Museumsbereich im zweiten Obergeschoß. Dann kann im Erdgeschoß der Nordwest-Ecke des Schlosses die Schlossverwaltung, die Festspielverwaltung und das Kultur- und Sportamt ihren Platz finden.

Das wäre dann eine gelungene Lösung für die Neukonzeption des Schlosses, zu der nach unserer Meinung auch gehört, dass der Außenbereich miteinbezogen wird, dass also der Rimmelpacher Platz neu gestaltet wird unter Abbruch der Umgebungsmauer, Unterbringung der Stadtinformation in einem Pavillon und mit dem von uns vorgeschlagenen Carrée von belagsintegrierten Minifontänen.

Selbstverständlich kann die Neukonzeption des Schlosses nur etappenweise umgesetzt werden. Beginnen sollten wir aber schon bald mit der Modernisierung von Rohrsaal, Musensaal und Foyer mit einem barrierefreien Zugang, wofür sich die im Haushaltsentwurf eingestellten Mittel zumindest schon zum Teil einsetzen lassen sollten.

Meine Fraktion begrüßt es, dass der Grundsatzbeschluss des Gemeinderates zu Verlegung des Feuerwehrgerätehauses in der Pforzheimer Straße nach Ettlingen-West endlich in die Tat umgesetzt werden kann, nachdem das dort vorgesehene Grundstück wieder frei geworden ist und dass hierfür in den Haushaltsentwurf des nächsten Jahres Mittel in Höhe von 1 Million Euro und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4 Millionen Euro eingestellt sind. Damit wird nunmehr das allerletzte Filetstück in der Innenstadt zur städtebaulichen Neugestaltung frei.

Wir bringen dazu unseren Antrag vom Juli 2005 in Erinnerung auf Durchführung von Architekten- bzw. Investorenwettbewerben für das Umfeld "Lauerturm-Kreuzung" und das Umfeld "Feuerwehrgelände", damit die genannten Bereiche städtebaulich so markant aufgewertet werden, dass sie unserer Stadt als "Visitenkarten" bzw. "Wahrzeichen" dienen. Die damaligen Vorstellungen unserer Fraktion für das frei werdende Gelände des Feuerwehrgerätehauses sahen die Errichtung eines dreigeschossigen Geschäfts- und Wohnkomplexes mit unterirdischer Tiefgarage, der Tiefgarage Nord, durch einen Investor vor; unsere Fraktion kann sich allerdings dort auch die zumindest teilweise Unterbringung von städtischen Diensträumen vorstellen.

Wir danken unserer Freiwilligen Feuerwehr, dass sie mit viel Verständnis die Grundsatzentscheidung zur Verlegung des Feuerwehrgerätehauses im Interesse der Stadtentwicklung mitgetragen hat und dass sie so viel Geduld mit uns hatte, nachdem die Umsetzung des schon vor längerer Zeit gefassten Gemeinderatsbeschlusses so lange Zeit in Anspruch genommen hat.

Die Bürger und Bürgerinnen aus Ettlingen-West haben uns kürzlich auf einer Bürgerversammlung deutlich gemacht, wo sie der Schuh drückt. Um die uns vorgetragenen Probleme lösen zu helfen, sprechen wir uns für die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für einen Jugendsozialarbeiter und die Einrichtung eines Jugend-Treffs in diesem Stadtteil aus, damit dort wieder Ruhe einkehrt.

Wir verfolgen mit Sympathie und Anerkennung die wertvolle Arbeit, die die Arbeitsgemeinschaft und die Interessengemeinschaft Ettlingen-West für diesen Stadtteil leisten und danken ihnen dafür. Unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen in Ettlingen-West können sich immer darauf verlassen, dass wir sie, wenn es darauf ankommt, nicht im Stich lassen, sondern sie tatkräftig unterstützen werden.

Unsere Fraktion unterstützt ausdrücklich die Schaffung geeigneter Veranstaltungsräume im Stadtteil Spessart und hat dafür eine Planungsrate in Höhe von 20.000 € beantragt, um die örtliche Situation zu verbessern, nachdem sich die Pläne zur Sanierung des Pfarrgemeindegemeinschaftssaales der Katholischen Kirchengemeinde zerschlagen haben. Aus den Höhenstadtteilen sind im Zuge der Haushaltsberatungen aber auch neue Töne zu vernehmen gewesen: So wurde in der letzten Zeit einerseits die Forderung nach einer gemeinschaftlichen Halle erhoben, andererseits wurde auch erklärt, sich für diese Stadtteile unter bestimmten Voraussetzungen auch nur eine gemeinsame Sporthalle vorstellen zu können. Die dazu gemachten Vorschläge bedürfen allerdings nach Auffassung unserer Fraktion unbedingt noch einer Klärung der verschiedenen Fragen, insbesondere nach dem Bedarf im Einzelnen und somit der Art und dem Umfang der Nutzungen und natürlich auch der Klärung der Standortfrage, wozu Gespräche mit allen betroffenen Vereinen geführt werden müssen; auch erwarten wir dann dazu die weiteren Vorschläge der Verwaltung, die diese, insbesondere auch nach Beteiligung der Ortschaftsräte der betroffenen Stadtteile, vorzulegen haben wird.

Für die Vereine aller Stadtteile wird es auf unsere Initiative künftig einen städtischen Zuschuss zur Abdeckung der Absperrkosten während der Stadtteilstadt geben.

Seit Monaten beschäftigt uns latent die kommunalverfassungsrechtliche Frage der Beibehaltung oder Abschaffung der unechten Teilortswahl. Wenn wir uns demnächst dazu treffen werden, um eine Entscheidung zu fällen, werden die verschiedenen Argumente wieder ausgetauscht werden. Ich kann mir deshalb ein Eingehen hierauf an dieser Stelle ersparen. Lassen Sie mich dennoch eines dazu sagen: Es sollte doch hinreichend deutlich geworden sein, dass die Abschaffung der unechten Teilortswahl der Bevölkerung in unseren Stadtteilen keine ausreichenden Teilhaberrechte an den Entscheidungsprozessen im Gemeinderat sichert, die ihnen die Landesverfassung einräumt, und zwar für Teilorte schlechthin, ganz unabhängig von den Übergangszeiten einer Gemeindegebietsreform; die in diesen Fällen von der Gemeindeordnung vorgesehene Möglichkeit der Aufhebung ist keineswegs zwingend.

Gestatten Sie mir zum Ende meiner Haushaltsrede noch ein persönliches Wort:

In jüngster Zeit sind Stimmen in der Öffentlichkeit laut geworden, die von uns erwarten, dass wir einen bestimmten Bürgerwillen vollstrecken. Diesen ist aber nachdrücklich entgegenzuhalten, dass wir Stadträtinnen und Stadträte unabhängig und in eigener Verantwortung zu entscheiden haben. Denn nach der Gemeindeordnung entscheiden die Gemeinderäte im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur durch das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung; sie sind an Verpflichtungen und Aufträge, durch die diese Freiheit beschränkt wird, nicht gebunden.

Freilich schließt das keineswegs aus, dass wir unser Urteil in enger Fühlungsnahe mit unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen bilden müssen, aufgrund einer Praxis also, die man anschaulich Bürgernähe nennt. Etwas anderes ist in einer kleinen Stadt, wie der unseren und bei der Nähe, die uns dadurch untereinander verbindet, ja auch überhaupt nicht denkbar. Niemand kann uns aber unsere Verantwortung für das Wohl der ganzen Stadt abnehmen. Deshalb kann ich nur an uns alle appellieren, dass wir uns bei unseren Abstimmungen ausschließlich daran orientieren, was unserer Überzeugung nach im Wohle der Stadt Ettlingen liegt.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf ebenso zu, wie dem Haushalt für die Vereinigten Stiftungen sowie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung. Wir danken dem Kämmerer Dieter Becker und seiner Finanzverwaltung für die von ih-



nen geleistete Arbeit, die in diesem Jahr angesichts der Rekordanzahl von Anträgen zum Haushalt besonders aufwendig war.

Zum Abschluss meiner Haushaltsrede möchte ich dem Stadtratskollegen Herrn Dr. Manuel Kessler einen besonderen Dank sagen für die lebensrettende Hilfeleistung für unser Fraktionsmitglied OB-Stellvertreter Werner Reich. Das war, wenn ich mir diese Anmerkung noch gestatten darf, wahrhaftig eine Großtat für Ettlingen.“

#### Haushaltsrede Stadtrat Deckers:

„Welche Anforderungen stellen wir von FE an den Haushalt unserer Stadt Ettlingen:

Der Haushalt muss langfristig die Deckung der Kosten der laufenden Verwaltung durch Einnahmen sicherstellen. Soweit danach noch freie Mittel vorhanden sind, ist mit diesen Mitteln ein Mehrwert für die Bürger zu schaffen, d. h. diese Mittel müssen eingesetzt werden, um die Lebensqualität in der Stadt nachhaltig zu erhöhen. Vor Investitionen muss jedoch sichergestellt werden, dass die Finanzierung der bestehenden Einrichtungen langfristig gesichert ist.

Alle genannten Aufgaben stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Im „Verwaltungshaushalt“ werden die Einnahmen des Kalenderjahres erfasst. Diesen Einnahmen stehen die Ausgaben für die laufende Verwaltung gegenüber. Erfreulich können wir vermerken, dass in diesem Jahr ein Überschuss verbleibt, der für die Erfüllung der anderen Aufgaben, nämlich für Investitionen und für die Sicherstellung der nachhaltigen Leistungsfähigkeit, verwendet werden kann.

Sehen wir uns zunächst den Verwaltungshaushalt an. Wie erwähnt, ist positiv zu vermerken, dass die Ausgaben für die laufende Verwaltung geringer sind als die Einnahmen des Jahres. Diesen Umstand verdanken wir vor allem den hohen Gewerbesteuererträgen unserer Stadt. Ein Ergebnis einer langfristigen und vorausschauenden Politik, die bereits vor vielen Jahren eingeleitet wurde. Unser Haushalt bestätigt auch die Auffassung führender Wissenschaftler, dass geringe Steuersätze langfristig zu höheren Steuereinnahmen führen. Unser vergleichsweise niedriger Gewerbesteuerhebesatz ist ein starkes Argument für Unternehmen, in unserer Stadt zu investieren. Wir sollten alles daran setzen, dass dieser geringe Hebesatz der Gewerbesteuer auch in Zukunft beibehalten werden kann. So schaffen wir Arbeitsplätze, so schaffen wir eine prosperierende Stadt.

Wesentlich weniger Lob verdient die Ausgabenseite. Wir von FE vermissen im Haushalt Ideen und Ansätze, die Verwaltung zu verschlanken, die laufenden Ausgaben zu mindern und Bürgernähe und Effizienz der Verwaltung zu steigern. Natürlich ist es richtig, dass der Haushalt zu einem wesentlichen Teil aus Ausgabenpositionen besteht, die wir nicht beeinflussen können. Hierzu gehört z. B. die Kreisumlage, die sich nach der Höhe unserer Steuereinnahmen jeweils im vorletzten Jahr richtet. Die größte Position, die die Verwaltung beeinflussen kann, sind Personalkosten. Personalkosten spart man ein, indem man ein langfristiges Konzept erarbeitet, wie man dieselbe Leistung mit weniger Mitarbeitern erbringen kann oder unter Umständen Leistungen, die nicht erforderlich sind, einspart. Die Forderung nach einem solchen Konzept hatten wir bereits in der vergangenen Haushaltsrede erhoben.

Dass wir uns nicht missverstehen:

Uns geht es nicht darum, bei der Stadt Ettlingen Mitarbeiter zu entlassen. Uns geht es darum, wie z. B. im Verlaufe eines langfristigen Zeitraums von fünf bis zehn Jahren die natürliche Fluktuation von Mitarbeitern genutzt werden kann, um die Verwaltung kostengünstiger arbeiten zu lassen. Hier finden sich in anderen Kommunen Beispiele durch die Bildung größerer Einheiten und einen dadurch möglichen Wegfall von Amtsleiterstellen, aber auch durch das Streichen von Leistungen, die entweder nicht mehr angeboten werden sollen oder die man besser von außen bezieht als sie selber zu erbringen. Zu beiden Varianten sind von dieser Verwal-

tung in den letzten Jahren kaum Vorschläge vorgetragen worden. Es ist zwar richtig, dass der Gemeinderat in der vergangenen Woche beschlossen hat, die Friedhofsdienstleistungen auszulagern. Dieses Projekt wurde jedoch noch vom Vorgänger von Frau Oberbürgermeisterin Büsse-maker, Herrn Offele, angestoßen.

Unsere Anregung aus den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr, auch einmal zu prüfen, ob nicht die Leistungen der Stadtgärtnerei von Dritten günstiger bezogen werden können, ist bis heute nicht einmal beantwortet.

Zu den Maßnahmen, die die laufende Verwaltung kostengünstiger machen, gehört auch ein Raumkonzept, welche Räume für die Verwaltung in Zukunft benötigt werden und wie diese Räume am kostengünstigsten zur Verfügung gestellt werden können. Wir haben im Gemeinderat oft über den Ausbau städtischer Räumlichkeiten diskutiert. Ein Gesamtkonzept, wie man z. B. die hohen Mietkosten für das "Rote Rathaus" zu einem späteren Zeitpunkt einsparen kann, liegt bis heute nicht vor. Wir fordern daher die Oberbürgermeisterin nochmals auf ein solches Konzept zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Gemeinderat hat in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, dem Ansinnen des Kreises, die Müllentsorgung auf den Kreis zu übertragen und dabei einen Betrag in einer Größenordnung von ca. 400.000 € jährlich für unsere Stadt einzusparen, nicht zu entsprechen.

In der selben Sitzung wurde vom Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten des „Outsourcing“ zu prüfen. Meine Damen und Herren, wenn wir so weitermachen und immer nur darüber reden, dass wir eigentlich den Kern der Leistungen beschränken sollten, dass wir effizienter arbeiten sollten und über Outsourcen nachdenken, ohne die Möglichkeiten ernsthaft aufgreifen zu wollen, werden wir mit dem Thema "Outsourcing" nicht weiterkommen.

Wir warten daher mit Interesse ab, welche Ergebnisse der Auftrag des Gemeinderats, die Gemeindeprüfungsanstalt zu beauftragen, uns eine Zusammenstellung der möglichen auszugliedernden Leistungen vorzulegen, bringt.

Unsere Gemeinderatskollegen fordern wir auf, mit kleineren Leistungseinschnitten, die mit Einsparungen und der Übertragung von Aufgaben auf Dritte regelmäßig verbunden sind, weniger engherzig umzugehen, als dies beim Thema Müllentsorgung der Fall war. Wenn wir in Ettlingen meinen, dass nur die Leistungen, die wir selber erbringen gut sind, macht es keinen Sinn Geld dafür auszugeben, dass die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) uns zeigt, welche Leistungen Dritte statt der Verwaltung erbracht werden können.

Wenden wir uns vom Thema der unmittelbaren, laufenden Ausgaben einmal dem Thema der Verwendung von Überschüssen aus hohen Steuereinnahmen zu:

Ich habe bereits zu Anfang erwähnt, dass es Aufgabe unserer Verwaltung ist, solche Beträge dazu zu verwenden, dauerhaft die Einrichtungen in unserer Stadt zu bewahren und mit den dann noch verbleibenden Mitteln durch Investitionen einen Mehrwert für die Bürger zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist es zunächst einmal besonders zu erwähnen, dass es nach den Angaben unserer Kämmerei durch die hohen Steuereinnahmen in den Jahren 2006 und 2007 in den beiden folgenden Jahren zu wesentlich erhöhten Umlagen kommt.

Es ist sehr zweifelhaft, ob in den folgenden Jahren die Steuerquellen weiterhin so kräftig sprudeln, wie dies im Jahr 2006 der Fall war und für 2007 prognostiziert wird. Es besteht also ein erhebliches Risiko, dass wir bereits im nächsten Jahr ein Missverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen im Verwaltungshaushalt haben. Es wäre klug gewesen, mehr Vorsorge zu treffen. Bei der Verabschiedung des Haushalts 2005 haben wir alle darüber lamentiert, dass bereits im Verwaltungshaushalt die laufenden Ausgaben größer waren als die Einnahmen. Jeder hätte daraus lernen müssen, dass es falsch ist im Haushalt isoliert lediglich ein Jahr zu

betrachten, sondern dass sich die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse nur aus dem Zusammenhang der Einnahmen und Ausgaben mehrerer Jahre erschließen.

Ein solches sparsames Verhalten muss nicht dazu führen, dass wir bewährte Einrichtungen in Ettligen abschaffen oder Ettligen trostlos machen.

Es gibt eine Gruppe im Gemeinderat, die dadurch Einsparungen bewirken will, indem sie

- die Schlossfestspiele abschafft
- die Fliesenskulpturen im Horbachpark niederreißt
- das Lichtkonzept/die Beleuchtung öffentlicher Gebäude beendet
- auf dem Weihnachtsmarkt die Weihnachtsbeleuchtung nicht ergänzen will oder
- bei einer Diskussion um eine Brunnenanlage einwendet, man möge lieber die Hundsteuer senken.

So gerne wir die Hundsteuer senken würden, so lieb ist uns Ettligen mit seiner Atmosphäre und seinem Flair. Diese Atmosphäre in unserer Stadt zu bewahren und weiter auszubauen, muss Aufgabe des Gemeinderats sein. Das Aufgreifen der oben genannten Ideen würde zu Langeweile und Trostlosigkeit in dieser Stadt führen.

Allerdings wäre bei der Aufgabe Bewährtes zu erhalten manchmal Phantasie und Mut zu neuen Ideen ein Mittel, um Ausgaben zu senken.

So fragen wir uns, warum man nicht versucht hat, z. B. für den Erhalt der Fliesenskulpturen im Horbachpark - was wir nachhaltig unterstützen - Paten zu gewinnen, für die die Kachelkulpturen von Herrn Reuter eine besondere Bedeutung haben.

Auch wenn es auf den ersten Blick phantastisch klingen mag: Warum hat man sich nicht bemüht, Jörg Kachelmann, unseren deutschen Wetterpropheten, als Paten für eine "Kachelkulptur" im Horbachpark zu gewinnen? Warum wendet man sich wegen einer Patenschaft für eine Skulptur nicht an Unternehmen wie "Ritter Sport", bei denen bekanntlich alles quadratisch, praktisch, gut ist? Soweit uns bekannt ist, wohnt in unserer Stadt ein Mitbürger, der Einfluss auf dieses Unternehmen hat. Phantasie und Kreativität oder eine gute Idee können, selbst wenn sie nicht zum Ergebnis führen, immerhin einen interessanten Marketingbeitrag für unsere Stadt liefern.

Für die FE-Fraktion möchte ich klarstellen, dass wir hinter Institutionen wie der Musikschule, den Schlossfestspielen und dem Klavierwettbewerb stehen. All dies sind Beiträge für die Lebensqualität unserer Stadt.

Um diese Einrichtungen langfristig zu bewahren, bedarf es aber einer soliden Finanzpolitik, deren Ziel sein muss, auch in Jahren noch die notwendigen Mittel für diese Einrichtungen bereitstellen zu können. Diese Planung hat für mich Vorrang vor Neuinvestitionen. Wenn man trotzdem zum Ergebnis gelangt, die Überschüsse seien so hoch, dass wir weiter investieren können, muss man sich fragen, was ist für unsere Stadt wirklich wichtig, was fehlt in unserer Stadt.

Zu Investitionsobjekten, die seit Jahren in Ettligen diskutiert werden, gehört die städtebauliche Nutzung des heutigen Areals der Feuerwehr an der Pforzheimer Straße. Unsere Fraktion ist, gemeinsam mit den übrigen großen Fraktionen im Gemeinderat der Auffassung, dass das Grundstück an der Pforzheimer Straße/Ludwig-Albert-Straße ein städtebauliches Potential birgt, welches wir für unsere Stadt erschließen müssen. Daraus folgt für uns jedoch nicht, dass wir zunächst einmal mit Hochdruck die Verlegung der Feuerwehr betreiben müssen, um danach ein brachliegendes Grundstück zu erhalten. Richtig wäre es für uns, die geänderte Nutzung des Grundstücks an der Pforzheimer Straße in den Vordergrund zu stellen. Erst wenn diese geänderte Nutzung feststeht, ist die Verlegung des Feuerwehrhauses zu betreiben. Die Planung, wie wir sie im Haushalt wiederfinden, geht in eine ganz andere Richtung. Es wird

zunächst einmal Geld investiert, um das Grundstück frei zu räumen. Diesen Weg halten wir für falsch; er wird unseres Erachtens mit Sicherheit nicht dazu führen, dass kurzfristig eine städtebaulich interessante Nutzung des Grundstücks an der Pforzheimer Straße erfolgt; wir befürchten vielmehr, dass in wenigen Jahren das Grundstück genauso leer ist wie dann das Stadtsäckel.

Wir fragen uns auch, warum wir im Gemeinderat Sondersitzungen zum Thema "Private Partnership" durchführen, wenn bei einem Großprojekt solche Gedanken bisher nicht diskutiert werden. Insgesamt trägt unsere Fraktion die Investition für das neue Feuerwehrhaus von voraussichtlich 5,0 Mio. € zum heutigen Zeitpunkt nicht mit.

Wir diskutieren seit Jahren für die Höhenstadtteile Schöllbronn und Spessart die Notwendigkeit eines geeigneten Vereinsheims. Der Gemeinderat hatte im Haushalt 2006 mit Unterstützung der FE-Fraktion Mittel eingestellt, den "Kindergartensaal" in Spessart für die Anforderungen der Vereine umzubauen. Dieses Projekt hat sich zerschlagen.

Wir haben nunmehr im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragt, dem TSV Spessart für den Ausbau seines Vereinsheims zu einer Veranstaltungshalle für alle Spessarter Vereine einen Zuschuss von 200.000 € zu bewilligen. Selbstverständlich hätten die Einzelheiten des Ausbaus noch diskutiert werden müssen. Wir sind aber der Meinung, dass die Bürger in Spessart durch ihr Angebot zur Eigeninitiative bei dem Umbau des Kindergartenerhalts gezeigt haben, dass sie bereit sind, ein großes Stück Verantwortung und Engagement selbst zu übernehmen. Dieses Engagement gilt es zu unterstützen. Statt der von uns geforderten Investitionsrate von 200.000 € wurde jetzt dem Haushalt eine Planungsrate von 20.000 € eingestellt. Wer das Schicksal der Planungsrate verfolgt, weiß, dass damit kurzfristig mit Sicherheit nichts und langfristig wahrscheinlich nichts passieren wird.

Was unsere Bürger nicht brauchen, sind nach Auffassung der FE-Fraktion hohe Investitionen in das Schloss. Das Schloss ist heute Bürgerschloss; die Räume des Schlosses sind weitgehend für die Bürger zugänglich. Sie werden weitgehend von den Bürgern und für die Bürger genutzt. Unzweifelhaft sind die Räumlichkeiten instand zu halten und erforderliche Reparaturen, auch Schönheitsreparaturen, vorzunehmen. Eine Neukonzeption für die Nutzung des Schlosses, die wirkliche Vorteile gegenüber der jetzigen Lösung bringt, konnte trotz intensiver Beratung im Gemeinderat bisher nicht vorgelegt werden. Unseres Erachtens sind daher millioenschwere Pläne, in das Schloss zu investieren, von Aktionismus geprägt.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch auf den heutigen Presseartikel zum Erwerb des "Keilbachgeländes" eingehen. Ich möchte keinen Hehl daraus machen, dass mich der Inhalt des Artikels außerordentlich überrascht hat.

Wir von FE sind der Meinung, dass es sich bei dem Keilbachgebäude um ein städtebaulich wichtiges Gebäude handelt, liegt es doch im unmittelbaren Eingangsbereich unseres Schlosses, gehört der Platz um den Narrenbrunnen doch zu den prägenden Plätzen der Stadt.

Wir von FE wollen nicht, dass dieses Gebäude nur unter kommerziellen Gesichtspunkten genutzt wird. Wir wollen nicht, dass wir dort eines Tages z. B. eine Spielhalle vorfinden.

Aus diesem Grund haben wir beantragt, Mittel für den Erwerb des Gebäudes im Haushalt in Höhe von 1,0 Mio. € einzustellen. Wir haben dabei nicht die leidvollen Erfahrungen mit dem Erwerb des "Pfannkuch"-Gebäudes vergessen. Wir meinen nur, dass diese sich nicht unbedingt wiederholen müssen. Denn ein Problem beim Erwerb des Pfannkuch-Gebäudes war bekanntlich, dass man Altlasten im Gebäude vor dem Erwerb nicht ausreichend erkundet hatte. Ob dieses Gebäude letztlich gekauft würde, ob wir es uns leisten können, bedarf sicherlich noch eingehender Untersuchung und Prüfung. Nichts desto weniger wollen wir mit der Zurverfügungstellung der Mittel der Verwaltung ein Zeichen geben, dass uns der Platz mit dem Narrenbrunnen und seine dauerhafte Gestaltung dem Interesse unserer Stadt wichtig ist. Einen Pavillon auf dem Rimmelspacher Platz lehnen wir ebenfalls ab.

Überrascht waren wir von dem Beitrag insoweit, als wir Sie, verehrte Frau Oberbürgermeisterin, bisher nicht so verstanden hatten, als würden Sie den Erwerb des Gebäudes befürworten. Überrascht waren wir auch insoweit, dass - zurückhaltend ausgedrückt - Stadträte, die ihre Ablehnung zum Objekt bisher so nicht ausgedrückt hatten, dies am Morgen der Gemeinderatssitzung in der Presse nachholen. Auch die FE-Fraktion ist selbstverständlich der Auffassung, dass die Stadt nicht unnötig Grundbesitz erwerben sollte. Es gibt jedoch Objekte, die für die Stadtentwicklung von wesentlicher Bedeutung sind und bei denen es gut ist, wenn wir als Gemeinde einen entsprechenden Einfluss haben. Dazu zählt auch die Villa Watthalden; einer Veräußerung dieses Gebäudes werden wir nicht zustimmen.

Weitere Investitionen, die unsere Fraktion mitträgt, sind alle Investitionen, die die Bildung und Ausbildung von Kind und Jugendlichen betreffen. Kinder und Jugendliche sind nicht nur in Ettligen das Potential für die Zukunft. Ein gutes Bildungs- und Ausbildungsangebot ist Voraussetzung, die Bedeutung von Ettligen als Schulstadt zu behalten und weiter zu stärken. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir nachhaltig die Zurverfügungstellung von Mitteln für den Ausbau des Albertus-Magnus-Gymnasiums zur Ganztagschule.

Eine weitere Investition für Familien in unserer Stadt wäre das Vorantreiben des Familienzentrums in der Middelkerker Straße gewesen. Diese Investition hat der Gemeinderat zunächst einmal gebremst, obwohl sie nahezu kostenneutral ist. Geplant war, das Grundstück zu veräußern und gleichzeitig Räumlichkeiten, die auf dem veräußerten Grundstück entstehen, für das Familienzentrum zurückzuerwerben. Die Einnahmen aus der Veräußerung des Grundstücks und die Ausgaben für den Erwerb von Räumlichkeiten hätten sich in etwa gedeckt. Richtig ist es sicherlich, dass noch Einzelheiten des Projektes, wie etwa die Folgekosten, der Diskussion bedurft hätten. Wir hatten daher beantragt die Mittel im Haushalt bereitzustellen, die Verwendung jedoch von einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss abhängig zu machen. Damit wäre im Jahr 2007 die Realisierung dieses Projekts möglich gewesen. Auch hier ist es enttäuschend, dass zunächst wiederum nur eine Planungsrate eingestellt wird. Entscheidungen wären nötig gewesen, nicht Planungsgelder.

Wenn eine Gemeinde hohe Steuereinnahmen hat, müssen diese übrigens nicht unmittelbar zur Investition in neue Projekte verwendet werden. Mindestens gleichrangig müssen Überlegungen sein, wie Bürger von Gebühren, die letztlich den Aufgabenbereich der Gemeinde betreffen, entlastet werden können.

Aus diesem Bereich möchte ich zwei Themen herausgreifen:

Zum einen hat die CDU-Fraktion beantragt, unserem Eigenbetrieb Abwasser einen Zuschuss von 1,0 Mio. € zu gewähren.

Wir von FE haben lange über diesen Vorschlag diskutiert. Es ist eine Kleinigkeit beim Antrag der CDU, die uns stört, die aber einen wesentlichen Unterschied ausmacht:

Unser Abwasser-Eigenbetrieb hat Schulden von über 40,0 Mio. €. Die laufenden Zinsen für diese Schulden machen einen großen Teil der jährlichen Ausgaben aus, die von allen Bürgern über die Abwassergebühren bezahlt werden müssen. Hohe Schulden bedeuten also hohe Abwassergebühren. Der Antrag der CDU zielt nun nicht auf eine Minderung der Schulden, sondern soll ein Zuschuss zu den laufenden Gebühren sein. Der Zuschuss ist damit nicht mehr als die kurzfristige Beatmung eines schwerkranken Patienten. Ist der Zuschuss verbraucht, sind wir genauso weit wie vorher.

Uns wäre eine Zahlung ins Eigenkapital des Abwassereigenbetriebes und damit eine jährlich geringere, aber dafür dauerhafte Entlastung der Bürger von Gebühren sowie ein Schuldenabbau wichtiger gewesen. Aber um es auf den Punkt zu bringen:

Uns ist es immer noch lieber, dass die Einnahmenüberschüsse der Stadt zur Beitragssenkung genutzt werden, als zur Investition in Projekte, die nicht erforderlich sind.

Eine weitere Entlastung der Bürger, vor allem von Familien mit Kindern, wollen wir über die Kindergartenbeiträge erreichen. Wir haben zunächst, gemeinsam mit der CDU-Fraktion beantragt, Familien mit drei Kindern für das dritte Kind von Kindergartenbeiträgen freizustellen. Familien, die gleichzeitig zwei Kinder im Kindergarten haben, sollen nur für ein Kind den Beitrag bezahlen.

Nachdem bekannt wurde, dass wir sowohl im laufenden Jahr 2006 wie auch im Jahr 2007 mit hohen Einnahmen zu rechnen haben, haben wir den Antrag dahingehend erweitert, dass das letzte Kindergartenjahr grundsätzlich beitragsfrei gestellt werden soll. Es ist natürlich richtig, dass dadurch wahrscheinlich nur wenige Kinder in den Kindergarten gehen werden, die sonst nicht gehen könnten. Richtig ist es aber, dass wir in Ettlingen den Familien ein klares Zeichen setzen: Wir wollen Sie und Ihre Kinder haben, Sie sind uns willkommen, wir wollen Sie wirklich von Ausgaben entlasten und nicht nur reden. Das gerne vorgebrachte Argument, dass, wenn das Kind im Kindergarten ist, beide Elternteile arbeiten können und als Doppelverdiener die Entlastung von den Kindergartenbeiträgen nicht brauchen, lassen wir nicht gelten. Auch bei Ehepaaren, die keine Kinder haben, gehen beide Partner oft einer Beschäftigung nach. Sie sind nicht mit Kindergartenbeiträgen belastet. Die wirtschaftliche Gleichstellung von Haushalten mit Kindern gegenüber den Haushalten ohne Kinder muss Ziel der Politik nicht nur in Ettlingen sein! Wir können auch nicht verstehen, warum ein Unterschied gemacht wird zwischen Studiengebühren, gegen die sich viele Bürger wenden und Kindergartengebühren.

Berücksichtigt wissen wollen wir auch, dass wir in Ettlingen die "zweitälteste Stadt in Baden-Württemberg" sind. Wir glauben, dass wir bereits aus diesem Grunde in Ettlingen besonders verpflichtet sind, für Haushalte mit Kindern etwas zu tun. Wir von FE würden uns auch wünschen, dass der Gemeinderat im kommenden Jahr tatsächlich ein Baugebiet speziell für Familien mit Kindern ausweist und zu familienfreundlichen Preisen vergibt.

Lassen Sie mich zum Schluß noch auf einige grundsätzliche Erwägungen eingehen: Frau Oberbürgermeisterin, Sie sind vor drei Jahren angetreten, um in Ettlingen etwas zu verändern, um Ettlingen voranzubringen. Wenn wir die Entwicklung in Ettlingen nach gut drei Jahren sehen, sind wir enttäuscht. Uns ist zu wenig passiert.

In der Vergangenheit wurde z. B. das Thema "Zweite Altstadtanierung" angesprochen. Es wurden sogar Gespräche über Zuschüsse hierzu geführt. Wirkliche Fortschritte, die uns glauben lassen, dass in den nächsten Jahren tatsächlich etwas geschehen wird, was Ettlingen sichtbar voranbringt, sehen wir nicht.

Wir hätten gerade unter dem Vorzeichen der hohen Haushaltseinnahmen erwartet, dass etwas geschieht was für unsere Stadt zukunftsweisend ist. Wir von FE wünschen uns deutlich mehr Engagement, deutlich mehr Ideenreichtum und ein deutliches Voranschreiten in Ettlingen. Zurzeit stagnieren wir zu sehr.

Uns ging es bei dem Haushalt so, dass wir an das Märchen von "Hans im Glück" erinnert wurden. Hans hat auch einen großen Goldklumpen bekommen, ihn aber ohne Zukunftsperspektiven eingetauscht und sich zum Schluss gewundert, dass er immer weniger hatte, zum Schluss nichts mehr. Wir wünschen uns, dass wir in Ettlingen nicht bis zum Tausch des Goldklumpens letztlich gegen den Mühlstein kommen. Planungsraten von ca. 350.000 € wie wir sie auch in diesem Jahr wieder im Haushalt finden, haben für uns aber Ähnlichkeiten mit dem Mühlstein: Sie wiegen schwer und sind nur beschränkt nutzbar. Daher wünschen wir uns für das Jahr 2007 weniger Planungsraten, sondern konkrete Entscheidungen, die unserer Stadt nutzen. Gehen Sie davon aus, dass die FE-Fraktion dabei mitwirken wird.

Lassen Sie mich zusammenfassen, was die FE-Fraktion konkret anders im Haushalt erwartet hätte:

Im Verwaltungshaushalt ein Konzept, mit dem langfristig Ausgaben der laufenden Verwaltung eingespart werden können. Im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt mehr Disziplin bei den Ausgaben im Hinblick auf Verpflichtungen kommender Jahre.

Bei den Investitionen im Vermögenshaushalt keine punktuellen Investitionen hier und dort, sondern Ansätze für ein ganzheitliches Konzept, wie unsere Stadt sich entwickeln soll, weniger Planungsrate, sondern konkrete Entscheidungen.

Diese Vorgaben, die wir an solide Politik stellen, erfüllt der Haushalt nicht. Es wäre daher für FE nur konsequent, den Haushalt abzulehnen. Wir wollen aber nicht verkennen, dass das Vorliegen eines Haushaltsplans eine wichtige Arbeitsgrundlage für die Verwaltung im kommenden Jahr ist, zahlreiche Positionen letztlich nicht disponibel sind und diese Haushalte durch das Engagement und den Einsatz dieses Gemeinderats in einem demokratischen Prozess verabschiedet worden ist.

Wir von FE verstehen uns auch nicht als Opposition, die gegen fast alles ist, sondern sehen uns als demokratische Kraft, die im Zusammenwirken mit anderen das Beste für unsere Stadt erreichen will.

Nachdem der Haushalt auf der anderen Seite aber grundlegende Zukunftsperspektiven, die wir für erforderlich halten, nicht bietet, haben wir uns entschlossen, uns bei der Abstimmung im Haushalt zu enthalten. Damit wollen wir nicht zum Ausdruck bringen, uns nicht entscheiden zu wollen oder zu können. Diese Abstimmung soll vielmehr Ansporn für einen konstruktiveren und zukunftsorientierten Haushalt 2008 sein.“

#### Haushaltsrede Stadtrat Lorch:

„Lassen Sie mich in der eigentlich trockenen Zahlenmaterie etwas lyrisch beginnen. Da sagte der große Dichter Friedrich Hölderlin: „Der Staat ist die raue Hülse um den Kern des Lebens, er ist die Mauer um den Garten menschlicher Früchte und Blumen.“

So ist es auch hier: Der Etat ist die Mauer um den übers Jahr zu bestellenden Garten kommunaler Früchte, sei es im Sozialen, sei es in der Bildung, sei es in der Kultur, im Sport, in der Wirtschaft, in der Ökologie u. a. und von den Früchten haben wir wahrhaft etliche. Nehmen wir doch z. B. den jetzt gerade zum Abschluss kommenden Etat 2006. Wir schließen ihn mit einer doch sehr respektablen Bilanz ab:

- statt der vorgesehenen Kreditaufnahme von 1,4 Millionen €, gar keine,
- statt der vorgesehenen Rücklagenentnahme von 3,9 Millionen €, gar keine,
- statt der vorgesehenen negativen Zuführungsrate, eine positive,
- statt der vorgesehenen 25 Millionen € Gewerbesteuererinnahmen, 37 Millionen €
- und unerwartet können wir zusätzlich 1,2 Millionen € Schulden an Bauspardarlehen früher zurückbezahlen, womit der allgemeine Haushalt per 31. Dezember 2006 nur noch 1 Millionen € als Restschuld zu verbuchen hat. Das sind doch Früchte.

Wie sagt man, Geld mache nicht glücklich, aber es beruhige. So auch hier. Übrigens ist das aufgereichte ein schönes Geburtstagsgeschenk. Ist jemandem aufgefallen, dass Ettlingen mit dem Jahre 2006 als Große Kreisstadt 40 Jahre alt geworden ist? Ob dieses Qualitätssprunges durfte die Verwaltungsspitze fortan die Amtsbezeichnung Oberbürgermeisters/Oberbürgermeisterin führen. Gratulation zum Geburtstag! Oberbürgermeister wurde 1966 der schon amtierende Bürgermeister Hugo Rimmelspacher. Der sagte damals richtungsweisend: „Trotz staatlicher Beschneidung im Jahre 1937 durch die Aufhebung des Bezirksamtes ist Ettlingen Mittelpunkt des Albgaus geblieben. Diese Tatsache erfüllt uns mit Stolz, aber zugleich auch mit Verpflichtungen.“ Dieser Verpflichtung wollen wir auch im Haushaltsjahr 2007 nachkommen.

Ich sprach vom Garten des Haushalts. Schauen wir uns das Saatgut für einige Beete an und Haushaltszahlen sind in der Tat immer Saatgut. Saatgut, das zuerst begeholt werden muss, ehe es eingebracht werden kann.

Draufsichten:

### I. Haushalt der Vereinigten Stiftungen

Im Einleitungssatz zu diesem Etat heißt es: „Der Haushalt 2007 steht ganz im Zeichen des geplanten Umbaus und der Sanierung des Stephanusstiftes.“ So ist es! Mit der Fertigstellung von Stephanusstift II auf dem Exer im Mai nächsten Jahres bietet sich die einmalige Gelegenheit, die längst überfällige bautechnische Grunderneuerung einschließlich der zeitgemäßen Anforderungs- und Belegungsziele anzugehen für unsere zuwendungs- und hilfebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Der Gemeinderat beschloss am vergangenen Mittwoch die inzwischen auf den neusten Stand gebrachte Bausumme von 3,8 Millionen €. Mit fast einer Million ist das Land dabei, mit rund 500.000 € der städtische Etat. Das Gesamtvorhaben mit vorübergehendem Umzug der Heimbewohner ins Stephanusstift II bedeutet ab Mai eine logistische und organisatorische Meisterleistung zu erbringen. Wie sind überzeugt, es wird gelingen. Zustimmung zu diesem Etat mit einer Gesamtsumme von 4,7 Millionen €.

### II. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasser

Hier reden wir von viel Geld, das u. a. mit 1,5 Millionen € unter der Erde verschwindet, im Jahre 2008 werden es gar 2,1 Millionen € sein, dass in Neuanlagen, wie für dringend erforderliche Reparaturen.

Den vom Verwaltungsausschuss per Mehrheit beschlossenen Transfer von einer Million € in den Etat des Eigenbetriebs Abwasser kann man so und so sehen. Es führt im Eigenbetrieb u. a. dazu, dass 2007 keine Kreditaufnahme notwendig ist und die zum 1. Juli 2007 vorgesehene Erhöhung der Abwassergebühren hinausgeschoben werden kann. Andererseits hätte man diese Million auch im Allgemeinen Haushalt als Erhöhung der positiven Zuführungsrate gebrauchen können, um damit eine geringere Kreditaufnahme im Vermögensetat ins Auge fassen zu können. Es hat eben alles zwei Seiten. Wir rütteln jetzt an der Umpolung nicht mehr und stimmen dem Haushalt des Eigenbetriebs zu, dem durch den besagten Transfer auch zwei zusätzliche Projekte ermöglicht werden: Kanal Wattkopfweg und RÜ Friedrichstr./Kanalisation Schöllbronner Straße.

### III. Allgemeiner Haushalt

Ein beeindruckendes Zahlenwerk liegt uns vor, dennoch ist dieser Haushalt nicht nur eine Hochglanzfolie, aber immerhin, fast 109 Millionen € Volumen, das hatten wir auf der Eurostraße bislang noch nicht und die angesetzten 32,5 Millionen € Gewerbesteuer sind eine bemerkenswerte Erwartung. Ob diese eingeplanten Einnahmen an das unerwartende 2006 Ergebnis, rund 4 Millionen € über dem bislang besten Gewerbesteuerabschluss mit 33,2 Millionen € aus dem Jahre 1998 liegt. Freilich, bei aller „Blütenschau“, da winken dämpfend die vom Kämmerer immer wieder betonten deutlich erhöhten Umlagehypotheken der Jahre 2008 und 2009. Im Übrigen: Der Flowtex-Prozess vor dem Oberverwaltungsgericht läuft weiter mit dem Damokleswert von möglichen 1,1 Milliarden € Rückzahlungsforderung an das Land. Für Ettlingen könnten in der Folge 50 Millionen € eine Rolle spielen. Aber das ist eher unwahrscheinlich. Gleichwie – bleiben wir im Nahbereich. Wie sagte der Nachrichtensprecher vor kurzem in der Tagesschau bei der Verkündung der neuesten Arbeitslosenzahlen: „Es geht aufwärts.“ Genau das registrieren wir auch in Ettlingen. Während im Bund die Quote erstmals seit vielen Jahren unter 10 % gefallen ist, weist die Statistik des Bezirks Ettlingen 4,2 % aus, ein klarer Indikator dafür, dass die heimische Wirtschaft insgesamt – von Ausnahmen abgesehen – auf Touren läuft. Ins Jahr 2007 vorausgeschaut, werfen wir einen Blick in die klassischen Haushaltsprojektionen Verwaltungsetat und Vermögensetat, diese in einige Sichtfelder aufgeteilt.



Projektion A: Verwaltungshaushalt mit 92,5 Millionen €

### Sichtfeld 1: Allgemeine Verwaltung

21 Millionen Personaletat, das ist hoch, aber ohne Personal läuft der Dienstleistungsbetrieb des Rathauses mit allen Verwaltungssparten nicht. Der Personalbestand 2007 liegt mit 431 Beschäftigten auf dem Niveau von 2006, im 10-Jahresvergleich allerdings um 42 Personen abgebaut, obwohl die Aufgabenumfänge und Belastungen kaum weniger geworden sind. Insbesondere bedauern wir den Personalabbau gerade dort – von der Bevölkerung sehr wohl registriert –, wo z. B. im stadtpflegerischen Bereich (Stadtgärtnerei) Defizite aufgetreten sind oder sonstige Aufgabenstellungen zu zeitlichen Verzögerungen oder längeren Bearbeitungszeiten führen.

Erfreulich – und damit eine arbeitsmarktpolitische Verantwortung wahrnehmend – ist die abermalige Einstellung von 35 Ausbildungsplätzen mit einer breiten Angebotspalette und hoher Übernahmechance. Hervorzuheben ist auch die Schwerbehindertenquote von 7,3 %, fast doppelt so hoch wie vorgeschrieben.

Auf Seite 102 des Entwurfs ist der Betrag von 40.000 € vermerkt für den Leitbildprozess. Dieser ist – von der SPD-Fraktion mitinitiiert – eine Herausforderung an die Stadt, orientiert v. a. an der demografischen Entwicklung, dieser gesellschaftlichen Revolution auf leisen Sohlen. In der Zielangabe als Agenda 2020 angepeilt, ist die Grundfrage gestellt: Quo vadis Ettlingen? Bedenkt man, dass 2020 ein Drittel der hiesigen Bevölkerung über 60 Jahre alt sein wird, sind konkrete Zielangaben und steuerungspolitische Maßnahmen zu formulieren, an denen sich auch die Haushalte der nächsten Jahre messen lassen müssen, beginnend mit diesem Etat. Wichtig dabei ist, die ganzheitliche Entwicklung der Stadt im Blick zu behalten und eine Zusammenschau aller Probleme und deren Lösungen zu verfolgen, um neue Qualitäten zu schaffen. Und auch wichtig ist, dass wir nicht nur Papiere produzieren. Von hier aus noch mal der Appell an die Bevölkerung, sich konstruktiv am Meinungsbildprozess zum Leitbild Ettlingen zu beteiligen.

### Sichtfeld 2: Soziales

Als Bewusstseinserschütterung und als Aufbruchsignal haben die Teilnehmer das große Sozialforum der Stadt am 25. November gesehen. Dank an Frau Bürgermeisterin Petzold-Schick für die impulsgebende Initiative dazu, für die Planung und gelungene Durchführung, mitgetragen vom engagierten Zuspruch der anwesenden Bevölkerung. Gezielt zitierte ich namens der Fraktion beim Gründungspakt für das Lokale Bündnis für Familien den badischen Revolutionär Carl Schurz: „Die Kraft, die man hat, ist man denen schuldig, die sie nicht haben“. Eben diese Kraft als Schuldigkeit sollte in der Bürgerschaft wie auch als handlungsorientierter Wille dieses Hauses wirksam sein. Wie stand es am Tag danach in der örtlichen Presse? „Dem Bündnis müssen Taten folgen“. Nun wird ein kräftiger Schub für ein soziales Ettlingen erwartet, mitbedingt durch die sich verändernden Werteeinstellungen in unserer pluralistischen Welt. Alle Unterzeichner des Lokalen Bündnisses haben sich zukunftsweisend zum gedanklichen und handfesten Mittun verpflichtet. Gutes Fahrwasser belegt die Gemeinde bereits mit dem kindzugewandten Mitteleinsatz der kommunalen Haushalte, in 2007 allein mit 3,8 Millionen € für die Kindergärten der Stadt mit 1170 Plätzen. An der Stelle eine Feststellung: Betroffen macht uns die Situation in Spessart, wo die Kirche die Trägerschaft für die Kindergartenarbeit an die Kommune abgeben will. Hier sich aus einer elementaren christlichen Wohlfahrtseinrichtung zurückzuziehen bleibt uns völlig unverständlich. Soll das ein neues Bild der Zeit sein? Die SPD-Fraktion will zur Entlastung der Familien einen weiteren Schub erreichen durch die Beantragung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres. Das bedeutet freilich eine zusätzliche Ausgabe von 300.000 €. Doch im Sinne eines noch sozialeren Ettlingen stehen wir dafür. Im Übrigen sollte das letzte Kindergartenjahr nicht nur als Spielzeit erlebt werden. Es muss als Mischung von Spielen und Lernen fortentwickelt werden, zu einem Vorschuljahr als Brücke in die Grundschule, um den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule abzufedern. Mit Recht sagte Bundespräsident Horst Köhler auf einem Forum in Berlin: „Familien brauchen zeitgemäße

Strukturen, brauchen eine Gesellschaft, die Zeit und Raum lässt für Verlässlichkeit, für Erwerbsperspektive und eine Infrastruktur, die sie entlastet.“

Da haben unsere Angebote an Verlässlicher Grundschule, an Hortvorhaltungen und bedarfsgerechter Betreuung der unter Dreijährigen mit den Etateinsätzen in 2007 schon ihren Stellenwert. Der im Haushalt wiederum fixierte Ansatz von 203.000 € für das Jugendzentrum Specht ist genauso ein bleibender sozialer Aktivposten wie die Bezuschussung von Vereinen, Verbänden, Kirchen u. a. für ihre nicht hoch genug zu wertende jugendfördernde Betätigungspalette. Dennoch kommt es alljährlich im Jugendverhaltensbereich zu beklagten Delikten. Hier nicht nur mit repressiven Maßnahmen, sondern mit der örtlichen Kriminalprävention – dafür ist eine eigene Haushaltstelle eingerichtet – und mit vorbeugenden kommunalen Angebotshorizonten und Vermeidungsstrategien zu reagieren, ist steuernde Sozialpolitik. Auch ein Netzwerk Jugend für Jugend muss geknüpft werden, worin das Thema Integration einen wichtigen Platz einzunehmen hat. Eine von uns beantragte und beschlossene Stelle eines Jugendsozialarbeiters ist neben räumlichen und baulichen Ermöglicungen sehr hilfreich, ebenso sind vermehrt jugendspezifische Veranstaltungen und offene Treffs anzubieten. Eine weitere Stelle für Schuldenberatung halten wir für dringende angebracht, zumal die Überschuldung immer mehr zunimmt und das gerade auch unter Jugendlichen. Mancher sitzt per Überschuldung in der Falle mit fortlaufenden negativen Verhaltensfolgen. Wertmaßstäbe in Notlagen verschieben sich, Normstrukturen erodieren. Die erkennend, hat auch die vor Tagen im Rahmen des Leitbildprozesses abgehaltene Zukunftskonferenz den Abbau von Aggressionspotential bei Jugendlichen als eine vordringliche Aufgabe eingefordert. Konstruktive Lösungsvorschläge von Jugendgemeinderat und Jugendbeirat sind hier einzuarbeiten. Dass die Bandbreite sozialpolitischer Aktivitäten sich nicht nur auf Kindheit und Jugend beschränkt, sondern sich mit begleitender Etatunterstützung hochgradig in allen Altersstufen artikuliert, dass ist ein beeindruckender Leistungsspiegel unserer Stadt. Hingewiesen sei hier exemplarisch auf die vom Seniorenbeirat koordinierte Arbeit im Begegnungszentrum, Freizeitgestaltungen in vielfältiger Weise wahrzunehmen. Tragende Basis ist hier das Ehrenamt. Wenn Bundesfinanzminister Peer Steinbrück das Ehrenamt zusätzlich mit 400 Millionen stärken will, so unterstreicht das seine Aussage dazu: „Die Ehrenamtlichen sind die wahren Helden des Alltags. Sie tun mehr, als es ihre Pflicht wäre und halten die Gesellschaft zusammen gegen Fliehkräfte.“ Den Beleg dafür erbringen in hohem Maße die vielen Menschen, die das Jahr über uneigennützig und meist hinter den Kulissen gemeinschaftsdienlichen Einsatz bringen. Daneben sind besonders herauszustellen die rund 290 Vereine als Säulen und integrative Kraft der Bürgerschaft. Sie sind der Mutterboden einer Gemeinde. Der Gemeinderat hebt mit diesem Etat bezüglich der Vereine die im Sparjahr 2003 ergangene Zuschusskürzung wieder auf gemäß der damaligen Zusage, sollte die Finanzlage wieder besser werden.

### Sichtfeld 3: Bildung

Dass das Thema Bildung in elementarer Korrespondenz mit dem Komplex Soziales steht, ist spätestens nach den aufeinander folgenden PISA-Studien evident geworden, die dem deutschen Bildungssystem ein bedenkliches Zeugnis erteilten. Dieser Zusammenhang gilt für die gesamte Bildungskette, beginnt mit den vorschulischen Erziehungseinrichtungen und zeigt sich in der Forderung nach Einführung von Ganztagschulen, so auch in dem hier beschlossenen Schulentwicklungsplan vorgezeichnet, dabei für jede Schulart den Ganztagesbetrieb anstrebend. Begonnen mit der Ganztageshauptschule an der Pestalozzischule 2004/05, wird dieser Prozess – von diesem Etat materiell unterfüttert – mit dem Ganztagesunterrichtsbetrieb im Schulzentrum fortgeführt, betreffend das Albertus-Magnus-Gymnasium und die Anne-Frank-Realschule. Somit steht noch eine Grundschule an, ebenso die Carl-Orff-Schule als Förderschule, wozu wir übrigens einen Antrag gestellt haben. Dass sich das Land ausgabenmäßig im Bildungssektor nicht immer progressiv verhält, ist augenfällig. Die Bezuschussung für die Schulsozialarbeit auf Null zu fahren, die Sachkostenmittel an die Gemeinde 2007 um 318.000 € zu kürzen, bedeutet für den Gemeindeetat erhöhte Verpflichtung. Einerseits werden neue Bildungspläne zur Umsetzung kreiert, dies aber nicht mit der notwendigen finanzpolitischen Konsequenz. Wer A sagt, der sollte auch B sagen. Nun ist die Stadt gerufen, sich vermehrt beim B-Part einzubringen. Wir tun es mit diesem Haushalt. Einmal werden die vom Land

gekürzten Sachkostenbeiträge nicht einfach an die Schulen weitergeben, zum ändern werden dort, wo die Belastungen per Bildungsreform schulspezifisch besonders aufliegen, nämlich an den Gymnasien und Realschulen, auf unseren Auftrag die Mittel um 10 % aufgestockt, ohne dass bei den anderen Schularten eine Reduzierung vorgenommen wird.

Zugeordnet zum neuen Amt für Bildung ist auch unsere Volkshochschule. Kritische Anmerkung hierzu: Es kann nicht angehen, dass der gewesene Leiter der Volkshochschule, Direktor Eugen Faas, ob seiner herausragenden Leistung in 17 Jahren Leitung der VHS mit hehren Worten verabschiedet wird, um hernach die innegehabte Stelle auf 60 % Leistungsumfang einzuschränken und sich der auch von uns geforderten allgemeinen Ausschreibungen zu verweigern. Das passt nicht ins zuvor gemalte Bild, zumal der VHS in Fort- und Weiterbildung vermehrt Aufgaben zuwachsen und auch der Kostendeckungsgrad der VHS mit 84 % sehr hoch liegt.

### Sichtfeld 3: Kultur:

Der Bildungsauftrag bleibt nicht nur auf die allgemeindbildenden Schulen in der Trägerschaft der Stadt Ettlingen beschränkt mit 5.250 Schülerinnen und Schülern. Einbezogen die kommunale Musikschule, die vier Landkreisschulen und zwei Privatschulen sind es gar rund 10.000. Bildung umgreift auch den außerschulischen Bereich, nämlich die große Bandbreite und Qualität der Ettlenger Kulturlandschaft. Über das Etikett Schulstadt Ettlingen hinaus, könnte durchaus das Etikett Bildungsstadt angepeilt werden. Vielleicht ließe sich sogar ein spezifisch Ettlenger Bildungsplan entwerfen. Hinzugefügt, dass Bildung mehr ist als nur Wissensvermittlung. Den ganzen Menschen hat sie zu bedienen, nicht nur den Verstand. Drum ist gerade die musische Bildung von elementarer Bedeutung. Zwei Sätze der Oberbürgermeisterin aus ihrer Etatrede herausgegriffen: „Kultur ist der Nukleus der geistigen Entwicklung des Menschen“ und „Kultur ist das Brot für die Seele“. Ich füge mit Jean Paul hinzu: „Kultur ist nicht nur das Brot, es ist der Wein des Lebens.“ Wie auch immer, es sind anspruchsvolle Leitsätze. Unsere Musikschule mit 666.000 € Bezuschussung ist eine Schatztruhe für musikalische Bildung, was mehr ist als nur technische Ausbildung an einem Instrument. Der internationale Klavierwettbewerb, eindrucksvoll mit dem großartigen Preisträgerkonzert vor kurzem abgeschlossen, ist ein Werbeträger par Excellence für die Stadt in die Welt hinaus, jenseits ökonomischer Messbarkeit. „Die Welt zu Gast bei Freunden“, dieser Spruch gilt auch hier. Dr. Vetter sagt zu Recht: „Musik ist nicht wirtschaftlich, Musik ist wesentlich.“ Und dann sind da noch die Schlossfestspiele. Der Neuaufbruch auf der mit dem Intendanten vertraglich vereinbarten Dreijahresstrecke möge in gutem Wind stehen. Die Einstellung von 682.000 € im Haushalt 2007 ist ein respektables Startkonto, wobei hinzugefügt werden soll, dass davon die echte Bezuschussung für die Festspiele nur rund 480.000 € betragen. Das andere sind innere Verrechnungen. Herrn Schürmer als neuem Intendanten rufe ich aus dem Faust zu: „Gebraucht der Zeit, sie geht so schnell von hinnen!“.

Ob Stadtbibliothek oder Museum, beim geistigen Nahrungsangebots ist kein Mangel in Sicht. Die Projekte „Sagenhaftes Ettlingen“ oder „Nachtcafe“ des Kulturamtes in der Zusammenarbeit mit vielen privaten Initiativen und Trägerschaften geben der Stadt Reputation. Exemplarisch seien hinzu genannt die Kunstgemeinde Wilhelmshöhe, die Schubertiade, die Kleine Bühne, die Serenadenreihe im Apothekengarten u. v. a. m.

### Projektion B: Vermögenshaushalt mit 16,3 Millionen €

Hier wiederholen sich alle Sichtfelder aus dem Verwaltungsetat, in Zielen und Inhalten - wo notwendig – investiv unterfüttert. „Der Gedanke geht der Tat voran.“ Das darf im auslaufenden Heine-Jahr noch zitiert werden. Einige angedachte Sachverhalte im Vermögenshaushalt herausgegriffen:

## 1. Zwei Schulkomplexe

Der Baukörper des Eichendorff-Gymnasium schaut 2007 auf 50 Jahre Existenz zurück, ist damit in die Jahre gekommen. Investiv zurückliegend immer wieder verändert, ergänzt oder teilsaniert, glänzt die größte Schule der Stadt im Jubiläumsjahr nun per neuem Anstrich in leuchtender Farbigkeit, der Oberbürgermeisterin ob des Gelbtönen sicher zur Freude. Bis 2006 schon mit über einer Million bedacht, sind im kommenden Jahr 321.000 € für Verbesserungen im Außenbereich und am Schulgebäude vorgesehen, hinzu eine Planungsrate von 300.000 € für den Neubau des maroden Pavillons. Im Schulzentrum am Horbach werden bauseits neue Weichen so gestellt, dass das bildungspolitische Ziel für den Ganztages Schulbetrieb in der offenen Form rasch vorangebracht werden kann. Dafür sind für das AMG und für die AFR 2007 einschließlich Verpflichtungsermächtigungen 2,8 Millionen € angesetzt, wobei mindestens 33 % aus dem IGTS - Zuschuss des Landes - erwartet werden. Dies ist bekanntlich der zweite Anlauf zum Ganztagesausbau des Schulzentrums, ist doch der erste Antragsversuch, die Berliner IZBB – Mittel für ein 3,5 Millionen € Vorhaben zu bekommen, gescheitert. 90 % wären vom Bund finanziert worden. Aber bei der Vergabe wurden die württembergischen Schulen gegenüber den badischen deutlich bevorzugt.

## 2. Unser Schloss

Seit dem Bau des Schlosses im 16. Jahrhundert – mit integriertem Bergfried aus dem 13. Jahrhundert begegnet uns gar noch das Mittelalter – war hier über eine weite Zeitstrecke das fürstliche Zentrum in Ettlingen. Jahrzehnte vom 19. ins 20. Jahrhundert hinein militärisch belegt, ist es seit 1912 in städtischen Besitz. Statt des ursprünglich auch überlegten Abrisses wurde es nach dem ersten Weltkrieg und weit über den zweiten Weltkrieg hinaus in vielfältigster Weise genutzt, bis man sich entschloss, dass völlig heruntergekommene marode Bauwerk total zu sanieren, eine Meisterleistung damals im Kontext der generellen Stadtsanierung. Seit den frühen achtziger Jahren erstrahlte es in neuem Glanz, von Oberbürgermeister Dr. Vetter als Bürgerschloss zum Kultur- und Begegnungszentrum der Stadt erklärte. Zeitgemäßen Ansprüchen und neuen Nutzungsüberlegungen entsprechend, steht nun ein weiterer Sanierungsschub an. Die 445.000 € im Etat 2007 sind ein erster Schritt, wobei die bautechnische Bestandsaufnahme vorab stehen muss, gefolgt von ersten baulichen Maßnahmen, wozu selbstverständlich auch ein behindertengerechter Aufzug gehören muss. Das vorliegende Gesamtnutzungskonzept ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss. Hier muss noch dran gearbeitet werden. Maxime hat nach unserer Auffassung aber zu sein, dass das Schloss die zentrale kulturelle Begegnungsstätte für die Bürgerschaft bleibt. Es darf nicht mit Verwaltungseinheiten verfüllt werden, die dieser Zwecksetzung widersprechen. Konsens scheint inzwischen am Ratstisch zu sein, dass der Musensaal nicht ob anderer Verwendung geopfert werden darf. Noch eines: Das Schloss als innenstädtisches Juwel sollte in Zukunft professioneller mit entsprechendem Management vermarktet werden. Vielleicht ist ein Eigenbetrieb anzudenken.

## 3. Familienzentrum

Mit 550.000 € als vorläufige Rahmensetzung zum Großprojekt Familienzentrum in der Middelkerker Straße fixiert, schaffen wir eine weitere handfeste Grundlage für die Aufschrift des inzwischen am Schröderkreisel vorübergehend aufgestellten Ortsankündigungsschildes „Familienfreundliche Stadt“. In der Gründungsurkunde des Lokalen Bündnisses heißt es: „Es ist eine Kernaufgabe der Gesellschaft, die Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und ihren Familien stetig zu verbessern, ebenso das Zusammenleben der Generationen.“ Im Gewinn Kämmerle bietet sich nun die Chance für einen beispielhaften Schritt auch unter Berücksichtigung der Initiative für behinderte Menschen, gemeint hier das „Kaffeehäusle“. Wir warten auf eine Planvorlage.

## 4. Stephanusstift II

Auf Seite 328 des Etatentwurfs findet sich der Investitionszuschuss von 762.000 € für das Stephanusstift II, damit hinweisend auf die im Mai 2007 bevorstehende Fertigstellung der

10.000 m<sup>2</sup> umfassenden Exer-Bebauung mit der multifunktionellen Platznutzung, städtebaulich jetzt ein 30 Millionen Projekt, dass nach dem Ideenwettbewerb 1994 und nach etlichen Hürdenläufen und Umdispositionen nun zum Abschluss kommt. Im Kern wird diese per Privatinitiative betriebene Bebauung das von der Diakonie getragene soziale Servicezentrum sein, mit seinen 82 Pflegeplätzen und 56 Seniorenwohnungen. Es wird ein Meilenstein in der Sozialgeografie Ettlinsens sein. Nebenbei: Seit 18 Jahren wird dieses Vorhaben verfolgt. Ursprünglich in anderen Arealen vorgesehen Feuerwehrgelände, Musikschule, Wathalden, Kaserne - fiel 2001 die Entscheidung für den Exer.

## 5. Feuerwehr

"Let's go West!" - so heißt es bezüglich der Verlagerung der Kernstadtwehr seit 1997. Allerdings wurde der Zug mehrfach gestoppt durch Finanzierungseinbrüche (Flowtex), durch Geländefragen, durch politische Umdispositionen u. a. m. Jetzt wird in diesem Haushalt mit einer Million Euro der Zug wieder unter Dampf gesetzt. Schon steht aber die Frage nach dem verbleibenden Altgelände. Ein städtebaulicher Ideenwettbewerb ist hier in die Wege zu leiten. Unser Antrag liegt vor.

## 6. Städtische Hallen

Kostendeckungsgrade, Neubauwünsche, Verbesserungen - jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen Diskussionsstoff zuhauf. Für die Bürgerhalle Ettlinsens steht 2007 der Betrag von 250.000 € zur Verfügung, Sanierungs- und Umbaumaßnahmen betreffend, gespeist aus Vermögens- und Verwaltungsetat. Aus gleichen Quellen wird in Bruchhausen mit 415.000 € die Franz-Kühn-Halle ertüchtigt. Für Spessart war dieser Gemeinderat guten Willens, mit hohem Mitteleinsatz aus dem Haushalt per Sanierung und Umbau des Kindergartensaals endlich eine solide Veranstaltungshalle zu garantieren. Doch diese konkrete Zukunftsaussicht scheiterte am 30%-Zuschuss-Nein der Kirche. Da darf schon gefragt werden: Wo blieb hier eigentlich der ostentative Protest aller Fordernden? Den haben wir vermisst! Nun wird im Etat 07 mit einer Planungsrate von 20.000 € ein neuer Anlauf genommen, eine Alternative zu finden. Die bislang von der ARGE Spessart erarbeiteten Planungsunterlagen und Varianten sind mit einzu beziehen. Wir erbitten eine baldige Vorlage. Die SPD wollte über diesen Schritt hinaus eine Planungsrate für eine gemeinsame Mehrzweckhalle für Schöllbronn und Spessart im Haushalt untergebracht wissen. Wir fanden dafür allerdings bislang keinen größeren Resonanzboden. Daher haben wir den Antrag nutzungsinhaltlich reduziert und beantragen eine Planungsrate von 50.000 € für eine gemeinsame Sporthalle für Spessart, Schöllbronn und Schluttenbach. Damit kommen wir einem lang gehegten Wunsch der Höhenstadtteile entgegen. Hier sollten sich auch die Ortschaftsräte im Jahr 2007 im Sinne einer einvernehmlichen Lösung gründlich befassen.

## 7. Straßen

Im auslaufenden Jahr die Durlacher Straße und die Kolpingstraße total erneuert, kommen 2007 mit 7,1 Millionen weitere Straßenzüge aus der Warteschleife, z. B. die Langewingertstraße, die Vollendung der langen Zehntwiesenstraße und die Erschließung „Am Sang“ in Bruchhausen.

Die planerisch zur Umsetzung fertige Pforzheimer Straße einschließlich Lauerturmkreisel muss noch auf die Realisierung warten. Die Sanierung des Watterkopftunnels hat das Vorhaben zurückgeworfen. Dank in diesem Zusammenhang allen Verantwortlichen in Stadt und Präsidium. Das befürchtete Verkehrschaos trat nicht ein, wenngleich aber die Innenstadtbelastung spürbar ist und zuzunehmen scheint. Fortgeschoben wird auch das Pflastersanierungsprogramm, Jahr für Jahr mit 100.000 € bedacht. Die Pflastersteine und Sandsteinplatten sind nicht mehr aus heimischem Material. Aus Indien und China geliefert, sind sie gleichsam Globalisierung in Stein. Hoffentlich waren beim Brechen keine Kinderhände beteiligt. 150.000 Kinder müssen in Indien in Steinbrüchen schuften. Siehe Spiegelbericht Nr. 47, 2006.

## 8. Kernstadt-WC

Zur Situationsbeschreibung verweise ich auf meinen Amtsblattartikel vom 7. Dezember 2006. Bislang waren für dieses Thema immerhin noch Mittel eingesetzt, wenngleich nie umgesetzt. Nun hat die Verwaltung und die Mehrheit des Hauses das Projekt eines oberirdischen, barrierefreien, behindertengerechtes Kernstadt WC's ganz auf Null genommen. Bald zwei Jahrzehnte vergeblicher Einsatz. Aber: Leitbild für die Stadt entwickeln, diesbezüglich Fehlanzeige!

Zusammenfassend ein paar abschließende Gedanken zum alljährlichen "Schicksalsbuch" der Gemeinde. Die Stadt kann - von vorhandenen Defiziten abgesehen, wie z. B. eben erwähnt - insgesamt stolz darauf sein, was sie ihren 39.000 Einwohnern bietet, nämlich eine zukunfts-gewandte Bildungspolitik, eine richtungsweisende Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, eine wegweisende Sozialpolitik, eine weitgehend funktionierende Infrastrukturpolitik und einen im Jahre 2007 abzuschließenden Leitbildprozess. Vielleicht ließe sich zur verstärkten Identifikation und Motivation in Anlehnung an die 2004 gelaufenen Kampagne ein Ettlinger Leitspruch kreieren: "Du bist Ettlingen!", hier gälte dann der Imperativ. Frage nicht, was der andere für die Stadt tun kann, sondern werde dir bewusst: Du bist der andere. Ich denke, wir werden wie mit den vergangenen Etatverabschiedungen auch mit diesem „startfrei“ der rund 109 Millionen Euro für 2007 verantwortungsvoll handeln und nicht ein Stück Zukunft schon vorab kräftig verbrauchen. Liefere uns das Glück der vergangenen Jahre weiter nach, könnte eintreten, dass der günstige Jahresabschluss uns die Kreditaufnahme von 3,1 Millionen € und die geplante Rücklagenentnahme von 3 Millionen € erspart bleiben. Ohnehin ist zu vermerken, dass wir keine negative Zuführungsrate wie in den vergangenen Jahren ansetzen müssen, sondern eine positive haben von beachtlichen 6,1 Millionen €. Dieser Etat ist zwar kein durchgehendes Sonnendeck, aber ist finanzperspektivisch in einem guten Aggregatzustand. Wir stimmen dem Etat 2007 zu.

Dank allen, die im "Maschinenraum" diesen Haushalt vorbereitet haben und wachsam begleiten. Dank insbesondere dem "Obermaschinen" Dieter Becker für die gute Steuerung und natürlich der Oberbürgermeisterin sowie der Bürgermeisterin für die Gesamtaufsicht. Übrigens: 2007 ist das 300.Todesjahr unseres gewesenen Markgrafen Ludwig Wilhelm. Der ließ in seiner Zeit bereits ein Leitbild für Ettlingen entwerfen, sollte doch die Stadt nach den Zerstörungen der badischen Städte 1689 neue badische Residenzstadt und Modellstadt werden und das mit einem riesigen Residenzschloss dort, wo heute das Eichendorff-Gymnasium steht. Daraus wurde nichts, Rastatt bekam den Zuschlag. Geblieben sind einige seiner veranlassten Modellhäuser aus der Wiederaufbauzeit und seiner Frau barocker Schlossumbau bzw. Neubau. Aber damit sind wir im Nachwind wieder bei einem Thema aus dem Etat 2007. Die Oberbürgermeisterin sagte in ihrer Haushaltsrede: "Nun ist Ettlingen nicht irgendeine Stadt." Richtig, wir haben eine besondere Stadt, eine Portalstadt, die mit kräftigen Pulsschlag aufbricht durch das Portal 2007, vielleicht das Wort von Victor Hugo auf den Lippen: "Die Zukunft hat viele Namen: Für die Furchtsamen ist sie die Unbekannte, für die Mutigen die Chance.

Ergo: Nehmen wir alle als Mutige die Chance für 2007 wahr.“

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung erfolgt die Haushaltsrede Stadträtin Saebel:

„Guten Abend meine Damen und Herren, vor allem begrüße ich alle, die zu vorgerückter Stunde freiwillig noch hier sind. Als GRÜNE sind wir oft in der Situation der Lachse, die gegen den Strom schwimmen und ich versichere ihnen, das ist mindestens genauso anstrengend wie mit dem Rad hoch nach Schöllbronn.

Unser Land erlebt derzeit eine erfreuliche konjunkturelle Entwicklung. Aber Konjunktur verläuft nicht linear, steigende Rohstoffpreise können den Aufschwung morgen beenden und die Mehrwertsteuererhöhung kommt erst noch. Und trotz der guten Konjunktur findet ein weiterer Stellenabbau auch in Boombranchen und Dienstleistungen statt. Und in Ettlingen? Endlich

eine positive Zuführungsrate, man kann sich mal wieder was gönnen, haben alle im Gremium gedacht, angesichts des Haushaltsentwurfs. Wir freuen uns genau wie unsere Kollegen über 35 Mio. € Gewerbesteuererinnahmen dieses Jahr und damit über die Wirtschaftskraft unserer Ettlinger Unternehmen. Aber Vorsicht, dadurch steigen auch unsere Umlagezahlungen in 2008 um 5 Mio. €. Unsere Rücklagen, Ende 2006 sind es 12 Mio. €, bilden ein solides Finanzpolster, aber wenn wir die im Haushalt geplanten Baumaßnahmen alle realisieren, stehen wir mittelfristig trotzdem vor einem riesigen Schuldenberg. Also auch hier Vorsicht!

Unsere Gesamteinschätzung unterscheidet sich in einigen Punkten grundlegend von der unserer Kollegen: Wir meinen, dass Nachhaltigkeit bisher weder in der Politik des Bundes noch des Landes noch unserer Kommune wirklich umgesetzt wird. Nachhaltigkeit bedeutet Resourcen schonende Wirtschaftsweise, im Einklang mit der Natur, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse kommender Generationen. Für unsere Stadt würde das bedeuten:

- Hochwasserschutz und Albrenaturierung und bevor die Altstadt und Ettligen-West unter Wasser steht,
- Erhaltung und Wiederansiedelung der natürlichen Fauna und Flora
- keine zusätzliche Flächenversiegelung mehr durch Bebauung, und wenn doch gebaut wird, müsste dieselbe Flächengröße auf Ettlinger Gemarkung entsiegelt werden,
- Beitritt zur Region „Gentechnik - freier Oberrhein“ und konsequente Verbannung von gentechnisch verändertem Saatgut, um Bevölkerung und Natur vor unkalkulierbaren Risiken zu schützen,
- Entschuldung auch der Eigenbetriebe, damit unsere Kinder nicht an unseren Schuldzinsen ersticken,
- Rücklagen bilden in finanziell guten Zeiten, um Polster für größere Projekte wie z. B. eine erneute Landesgartenschau zu haben.

Nicht ganz vergessen, dass durch die Flowtex-Affäre vielleicht noch Millionenforderungen auf Ettligen zukommen. Die Bibel lehrt: Auf die sieben fetten Jahre folgen die sieben mageren Jahre. Aber der Ettliger Gemeinderat ist klüger und verplant die üppig sprudelnden Gewerbesteuererinnahmen gleich wieder für Projekte von fragwürdiger Dringlichkeit. Als Volksvertreter sollten wir Prioritäten für die künftige Entwicklung der Kommune setzen. Unsere Haushaltsberatungen, ein zwei Tage-Marathon, sind dabei allerdings nicht effektiv genug. Wirklich wichtige zukunftsweisende Anliegen werden nicht ausführlich diskutiert, weil sie überlagert werden von Winzigkeiten.

Die Verwaltungsstrukturreform hat unsere Oberbürgermeisterin allein durchgezogen, ein „Bäumchen Wechsel dich - Spiel“ der Mitarbeiter, quer durch alle Ämter, mit garantiert disziplinierender Wirkung. Der Gemeinderat hat ihr dafür mehrheitlich Generalabsolution erteilt, d. h. praktisch: es wird immer wieder ein wenig gemeckert, aber dann kommt das OB-Zauberwort: „alles kommissarisch“- und so bleibt es dann auch. Was auch bleibt, ist der Personalabbau im Bereich der Arbeiter des Stadtbauamts, z. B. in der Grünpflege. Friedhofspflege-Arbeiten werden jetzt an private Firmen vergeben, die Friedhöfe sind seitdem wieder besser gepflegt, aber die steigenden Kosten werden natürlich an die Bevölkerung weitergegeben. Neu geschaffen wurden ein Amt für Bildung, ein Amt für Gebäudewirtschaft, neben der Stadtbau, die ursprünglich diese Aufgabe hatte, sowie eine Stabsstelle für Öffentlichkeitsarbeit, deren Zweck sich keiner erklären kann. Ach ja richtig, von der aufgelösten Stabsstelle Umwelt hat seitdem keiner mehr etwas gehört. Von Einsparungen, dem einstigen Zweck der Strukturreform, ist nicht mehr die Rede.

Mit den Bürgern in Dialog zu treten, gemeinsam Verantwortung für die Zukunft übernehmen ist grundsätzlich gut. Aber unser „Leitbildprozess“ wurde falsch angegangen. Wenn die Oberbürgermeisterin acht Mentoren beruft, die sich wiederum jeder sieben Mitstreiter erwählen dürfen, so kann man, bei allem Respekt vor dem persönlichen Engagement der 64 Beteiligten, nicht von einem repräsentativen, demokratisch legitimierten Meinungsbild der 39.000 Bürger sprechen. Daran ändern auch die Nachbesserungsversuche auf dem Marktplatz nichts. Wir befürchten angesichts dieser selektiven Vorgehensweise natürlich, dass sich unsere Oberbürgermeisterin hinterher genau ihre Lieblings-Ergebnisse als „Volkswille“ herauspicken wird.

Aber trotz dieser Befürchtung wird meine Fraktion Ideen, die mit unserer ökologisch-sozialen Grundhaltung vereinbar und außerdem finanzierbar sind, unterstützen.

Kindergarten und Schule befinden sich im Umbruch, keine Woche vergeht, in der nicht neue Überlegungen veröffentlicht werden: Bildungsangebote im Kindergarten, die Zusammenfassung von Kindergarten und Grundschule oder die Gesamtschule. Allen gemeinsam ist, sie kosten Geld. Nur Menschen können Menschen erziehen und so lange die Landesregierung dies nicht erkennt und bereit ist zusätzliches Geld für Pädagogen auszugeben, so lange werden alle Modelle erfolglos sein. Gruppen von über 20 Kindern im Kindergarten und über 30 Schülern in einer Schulklasse machen individuelle Förderungen sehr schwer. Um bessere Ergebnisse in Erziehung und Bildung zu erzielen, möchte meine Fraktion weitere finanzielle Mittel in die Früherkennung von Defiziten und in die Frühförderung, z. B. Sprachförderung und Bewegungsförderung der Kinder investieren. Dafür müsste die Gruppengröße im Kindergarten verkleinert bzw. zusätzliches Personal bereitgestellt werden. Wir möchten anregen, dass unsere Verwaltung in diese Richtung überlegt und uns hierzu Vorschläge unterbreitet. Bewegung sollte natürlich im Kindergarten groß geschrieben werden, deshalb unterstützen wir den Neubau eines großen Turn- und Mehrzweckraumes für das Kinderhaus St. Elisabeth.

Im schulischen Bereich sind wir als Kommune eigentlich nur für die sächliche Ausstattung zuständig. Und hier werden wir in den nächsten Jahren einige Millionen investieren, in einen Ausbau ans Schulzentrum und in den Ersatz der Container am Eichendorff-Gymnasium. Das ist richtig und wichtig, gleichzeitig müssen aber weitere Sanierungs- und energetische Optimierungsmaßnahmen wie Wärmedämmung und Schutz vor Überhitzung der Klassenräume in den heißen Sommermonaten angegangen werden. Wir begrüßen die Zusage unserer Verwaltung, dass künftig jährlich Vor-Ort Begehungen in den Schulen stattfinden sollen, um Mängel rechtzeitig zu erkennen und zu beheben. Noch lieber wäre uns allerdings gewesen, wenn auch im Haushalt, wie von uns beantragt, ein Betrag für Sofortmaßnahmen eingestellt worden wäre. Gute Gebäude sind allerdings noch kein Garant für harmonisches Miteinander. Neuere Untersuchungen besagen: In jeder Klasse gibt es mindestens ein Mobbingopfer. Wir wissen nicht, ob das auch auf Ettlinger Schulen zutrifft, aber präventiv tätig sein ist allemal besser als heilen. Jugendliche müssen lernen mit ihren Aggressionen und Frustrationen umzugehen und sich gegenseitig zu respektieren. Dabei brauchen viele Hilfe, speziell da, wo das Elternhaus diese Hilfe nicht geben kann. Deshalb wiederholt meine Fraktion hier nochmals den Antrag auf eine zusätzliche Sozialarbeiterstelle an Ettlinger Schulen. Das Argument, wir hätten in Ettlingen bereits 1,25 Stellen für Schulsozialarbeit können wir angesichts von 8.000 Schülern nicht gelten lassen. Und als Mutter geht's mir wie anderen Eltern, wenn ich früh in der Zeitung lese: „Jugendlicher kündigt Amok-Lauf an“... dann reflektiere ich nicht: „wer ist für psychosoziale Betreuung zuständig?“ sondern ich will, dass das Problem vor Ort gelöst wird.

Ein anderes wichtiges Thema: Immer mehr Bürger haben Schulden, von denen sie allein nicht mehr runterkommen. Angesichts permanenter Glücksverheißung durch Konsum und noch mehr Konsum wundert es nicht, dass immer mehr Menschen über ihre Verhältnisse leben. Auch in Ettlingen stecken ca. 10% der Bevölkerung, vor allem immer mehr Jugendliche und Familien mit Kindern, in der Schuldenfalle. Oft genug ist die Stadt selbst Gläubiger, wenn Familien z. B. ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Helfen wir durch frühzeitige Beratung. Das ist besser als den Gerichtsvollzieher zu schicken, wo nichts mehr zu holen ist. Deshalb beantragen wir: eine halbe Personalstelle für Schuldnerberatung.

Ein weiteres Feld unserer Bemühungen ist unser Schloss, es soll saniert werden, für viel Geld. Wir sind dafür, weil wir denken: unsere Rolle als Erben historischer Bausubstanz besteht in dem Dreiklang: Sanieren, Pflegen und Nutzen. Die optimale Nutzung erspart uns dann auch teure Neubauten andernorts. So möchten wir gerne das geplante Familienzentrum mit Café nicht in einem Neubau am Albert-Stehlin-Haus, sondern in unserem Bürgerschloss realisieren. Hierzu regen wir an, die Konzeption „Mehrgenerationenhäuser“ des Bundesfamilienministeriums umzusetzen, da hier eine Förderung der Personal- und Sachkosten von 40.000 € jährlich möglich ist (keine Bauinvestition!). Allerdings läuft die Bewerbungsfrist bereits und wenn Ettlingen teilnehmen möchte, sollte schnellstmöglich ein eigenes Bewerbungs-Konzept erstellt wer-



den. Die Konzentration des Museums und die geplante Barockausstellung begrüßen wir, ebenso freuen wir uns immer auf die wechselnden Ausstellungen, die derzeitige Küchenausstellung ist ein Genuss. Den Schlossvorplatz lieben -so wie er- ist ausschließlich die Skateboarder. Wir wünschen uns hier eine Aufwertung durch gärtnerische Gestaltung, Wasserfontänen und Sitzgruppen.

Seit Jahren wird bereits über den Idealplatz der Stadtinfo diskutiert. Jetzt erwägt unsere Oberbürgermeisterin, ermuntert durch einige Ratsmitglieder, sogar das ehemalige Keilbach-Gebäude zu erwerben und für diese Nutzung umzubauen oder gar neu zu bauen. Wer sich an das finanzielle Millionen-Fiasko gegenüber beim ehemaligen Pfannkuch erinnert, der wird schmerzvoll aufschreien. Wir beantragen (gemeinsam mit der FDP- Fraktion, wie wir der heutigen Berichterstattung in den BNN entnehmen konnten), die Streichung der 1 Mio. € im Haushalt (nebenbei freut es mich immer wieder zu sehen, dass in der FDP die gleiche pluralistische Meinungsvielfalt herrscht wie in meiner Partei, das verbindet!).

Ein „drängendes“ Problem: der OB und der Mehrheit meiner Stadtratskollegen sind 30.000 € Reinigungskosten im Jahr für das öffentliche WC am Rimmelspacher-Platz zu teuer, also bleibt das WC abgeschlossen, so muss es nicht gereinigt werden, Ettligen spart ungeheuer! Den Gestank an der Stadtmauer und in dunkleren Ecken gibt's gratis. Es lebe das Stadtmarketing! Ich hab mal überlegt, wie oft nutzt der Bürger eigentlich eine Stadtinfo und wie oft muss jemand aufs Klo? Mein Fazit veranlasst mich meinen Antrag auf Öffnung der Toiletten am Rimmelspacher Platz zu wiederholen sowie erneut ein Litfass-WC am Marktplatz zu beantragen. Oder anders ausgedrückt: Wir finden es paradox, wenn man die vorhandene öffentliche Toilette abschließt, um 30.000 € Reinigungskosten zu sparen und dann eine halbe Million ausgeben will, um den Zugang zur dritten Toilette mit einem Glasaufzug zu versehen. Womit wir beim heiß umstrittenen Glaskubus auf dem neuen Markt sind. Glasklar, wir wollen unseren neuen Markt erhalten wie er ist! Mit Bäumen und Bänken und Brunnen. Besser sagte es Dr. Vetter: „Ettlinger Plätze zieren Narren, Heilige, Brunnen und Bäume, aber keine Tiefgaragenabgänge...“ vor allem die Reihenfolge in Dr. Veters Aufzählung hat es mir angetan...

Spiel- und Bewegungsplätze für Senioren? Ich habe ihrer Haushaltsrede Frau Oberbürgermeisterin entnommen, dass sie diese Idee auch interessiert. Warum sollen sich nur Kinder auf Spielplätzen bewegen, warum nicht auch Mama oder Papa, Oma oder Opa? In Spanien funktioniert, wir sollten es auch in Ettligen probieren. Zusätzlich hätten wir aber gern die Komplettierung der Innenstadt mit Bänken vorangetrieben, denn gerade ältere Bürger freuen sich, wenn sie auf ihrem täglichen Weg eine kurze Pause einlegen können. Wir freuen uns über die Zusage von Herrn Metzen, dass die von uns anlässlich der letzten Haushaltsberatungen beschlossenen Spielgeräte für größere Kinder im Horbachpark im Januar aufgebaut werden sollen.

Neubaumaßnahmen sind immer noch ein Lieblingsspielzeug unserer beiden Bürgermeisterinnen: eine neue Feuerwehr für 5 Mio. € zzgl. Grundstück zum Beispiel, dabei könnte man mit einigen hunderttausend Euro für Sanierungsmaßnahmen den Standort in der Pforzheimer Straße durchaus weiter nutzen! Im Gespräch ist ein neues Rathaus, am jetzigen Feuerwehrstandort - nochmal mindestens 5 Mio. €, brauchen wir das? Wäre es nicht besser ein Raumkonzept für die Verwaltung unter Nutzung der bestehenden Räumlichkeiten zu erarbeiten? Ein Familienzentrum, ist das nur als Neubaumaßnahme am Stehlin-Haus vorstellbar? 550.000 € Planungsrate, lassen die ebenfalls auf ein Investitionsvolumen von 5 Mio. € schließen??? Das Ex-Keilbach-Gebäude am Schloss ist bestimmt ein Schnäppchen, für 1Mio. € könnten wir kaufen und schon für wenige weitere Mio. € sanieren oder abreißen und ganz neu bauen. Für die „Millionen“ Ettligen Besucher endlich eine gescheite Stadtinfo! Wir fragen uns: Wovon sollen wir das alles bezahlen? Werden die Schulden dann wieder ausgelagert auf städt. Tochterunternehmen, Fonds, GmbHs? Weg sind sie damit leider nicht. Um die Abzahlung dieser Wohltaten dürfen sich dann unsere Kinder bemühen. Wo bleibt die viel beschworene Nachhaltigkeit?

Aber meine Fraktion tut sich auch schwer mit Immobilienverkäufen, denn bisher hat die Stadt hier ihren Aufwand nie zurückbekommen. Speziell einen Verkauf so geschichtsträchtiger Schmuckstücke der Stadt wie die Villa Watthalden oder das Kutschengebäude lehnen wir ab.

Ein Verkauf des Stadtbau-Gebäudes am neuen Markt ist für uns noch nicht beschlossene Sache, speziell wenn wir das Rote Rathaus ab 2015 nicht mehr nutzen wollen, so müssen wir alternativ städtische Räume behalten.

Bestattungen und Friedhofspflege werden immer teurer, jede Fläche um die ein Friedhof erweitert wird, muss zusätzlich gepflegt werden. Trotzdem tun sich immer noch einige Kollegen mit dem Gedanken schwer, dass man sich auch an anderer Stelle zur letzten Ruhe begeben könnte, z. B. im Friedwald. Das stellt eine Alternative für naturverbundene Menschen dar, sowie für Menschen die keine Angehörigen haben, die nach ihrem Tode die Grabpflege übernehmen könnten. Meine Fraktion möchte, dass jeder frei wählen kann, ob er die Ruhestätte Friedhof oder Friedwald bevorzugt. Die Friedwaldbestattung sollte auch in Ettlingen möglich werden und wir hoffen im kommenden Jahr hierfür gemeinsam die Weichen zu stellen.

Zum Klimawandel: der findet bekanntlich woanders statt, von Ettlingen ist er noch ganz weit entfernt. Wirklich? Die Hochwasser der Jahre 1998 und 2002 verliefen für Ettlingen glimpflich, aber wie viel Zeit haben wir noch? Wir haben zwar einen Haushaltstitel „Hochwasserkonzeption Alb“, die im letzten Jahr eingestellten 100.000 € wurden aber nicht verbraucht, gemacht wurde nichts. Es soll ein Staubecken bei Neurod gebaut werden, ob das sinnvoll ist wagen wir nicht zu beurteilen, denn wenn Dämme brechen, angestaute Becken überlaufen, wird der angerichtete Schaden noch größer. Wie sieht die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen aus? Wir möchten hierzu Vorschläge der Verwaltung hören.

Die Albrenaturierung, ein wichtiges ökologisches Ziel, bis 2012 sollen laut EU-Richtlinie alle Flüsse renaturiert sein, Ettlingen hat schon einiges erreicht, aber auch noch viel zu tun. Der Gemeinderat hat einen Albgewässerentwicklungsplan verabschiedet, der schrittweise umgesetzt werden soll. Aber für nächstes Jahr ist bisher keine konkrete Maßnahme geplant. Vor dem Hintergrund, dass im Landeshaushalt 2007/2008 38 Mio. € speziell für die Renaturierung von Wasserläufen zweiter Größenordnung eingestellt sind, so dass wir in den Genuss entsprechender Zuschüsse kämen, möchten wir auf jeden Fall Maßnahmen in 2007 angehen. Deshalb beantragen wir, 300.000 € im Haushaltsplan einzustellen und bitten die Verwaltung hierzu konkrete Maßnahmen zu benennen, die zeitnah realisierbar sind.

Zum Bereich Bauen und Wohnen: Hier gilt unser besonderes Augenmerk der Modernisierung im Wohnungsbestand, um Leerstand zu vermeiden und Natur-Flächen zu schonen. Neubau-Maßnahmen sollten auf Konversionsflächen beschränkt werden. Innerstädtisches Wohnen wird immer beliebter, speziell die älter werdende Bevölkerung schätzt kurze Wege. Immer wieder verlagern Firmen ihren Sitz, so dass wertvolle innerstädtische Flächen freiwerden, die infrastrukturell erschlossen sind und kurze Wege für die tägliche Versorgung garantieren. In diesem Zusammenhang freuen wir uns besonders, dass Überlegungen, das AVG-Gelände im Ferning bei Auszug der AVG zu überplanen, für die die CDU und wir vor einem Jahr noch verlacht wurden, nun offensichtlich breiteres Interesse finden. Wäre doch toll, wenn hier irgendwann Ettlingens erste Null-Energie Häuser stehen würden.

Zum Thema Industrieansiedlungen, die vom Land geforderte flächensparende interkommunale Zusammenarbeit kommt bisher leider nicht zustande, jede Kommune will die anderen ausstechen um gewerbesteuerträchtige Firmen an Land zu ziehen. Die Endlichkeit der Fläche ist in Ettlingen bisher nicht als Problem erkannt worden. Dabei müsste hier dringend umgedacht werden, weg von dem Gedanken wie viel Industrie habe ich, hin zu der Überlegung, welche Industrie habe ich? Will ich riesige Distributioncenter, die vorwiegend aus vollautomatischen Lagerhallen plus Fuhrpark bestehen und kaum Arbeitsplätze bieten? Meine Fraktion möchte gezielt Zukunftstechnologien in Ettlingen ansiedeln und fordert auch hier aktives Flächenrecycling. Im Jahr 2005 beschloss der Gemeinderat auf Initiative von CDU und GRÜNEN ein Brachflächenkataster anzulegen. Wir wüssten gern, wie weit die Arbeiten gediehen sind.

Zu den städtischen Tochterunternehmen:

Unsere Stadtbau GmbH verwaltet städtische Wohnungen, hat als Sanierungstreuhänder die gesamte Konversion Rheinlandkaserne abgewickelt und im Auftrag des Gemeinderats beson-

dere historische Gebäude saniert. Die Villa Watthalden ist ein Schmuckstück geworden, der ehemals verwaiste Pfannkuch vorm Schloss ein attraktives Café samt Markthalle. Finanziell haben diese Aktionen die Stadtbau ausgeblutet. Die soziale Aufgabe, Wohnraum für Familien bereitzustellen, regelmäßig zu warten und zu sanieren gerät zum Kraftakt. Ich frage Sie, wo soll das Geld herkommen? Sollen die Mieter der Stadtbau die Schulden zahlen, indem ihre Mieteinnahmen nicht in den Wohnungsbestand investiert werden, sondern in die Prestigeobjekte der Gesamtstadt? Oder soll die Stadtbau die Mietwohnungen versilbern, um ihre bzw. unsere Kredite zu tilgen? Das Votum meiner Fraktion an die Kollegen im Aufsichtsrat, gestatten Sie der Stadtbau Geld zu verdienen! Warum müssen die gewinnträchtigen Wohnungsbaumaßnahmen immer von privaten Bauträgern realisiert werden? Lassen wir unsere Stadtbau bauen, schieben wir ihr nicht nur die verlustträchtigen Investitionen unserer Stadt zu, sondern auch gewinnträchtige, dann brauchen wir hinterher nicht so viel jammern über die hohe Verschuldung. Unser Haushalt rechnet sich doch nur mit einer so geringen pro Kopf Verschuldung, weil alles was richtig Geld kostet an die Eigenbetriebe und städtischen Töchter delegiert wurde. Die Gesamtverschuldung beträgt mittlerweile über 80 Millionen Euro! Im Wahlkampf haben auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin gern alle diese Schulden zusammengezählt, jetzt ist bei Ihnen keine Rede mehr davon.

Der Eigenbetrieb Abwasser schiebt einen Berg von 34 Mio. € Schulden vor sich her, außerdem eine Gebührenunterdeckung von 2,35 Mio. €. Ob der CDU-Antrag, mit einer Mio. € den Verbrauch zu subventionieren sinnvoll ist, wagen wir zu bezweifeln, ändert er doch nichts an dem stetig steigenden Kreditvolumen und den daraus resultierenden Schuldzinsen, die müssen ja auch wieder auf die Bürger umgelegt werden.

Unser Stadtwerke-Geschäftsführer Herr Oehler und sein Team haben die Zeichen der Zeit erkannt. Energie wird immer teurer. Unsere Stadtwerke wollen vom reinen Energieverkäufer zum Produzenten werden. Und da bieten die regenerativen Energien ein zukunftsträchtiges Betätigungsfeld. So wird unser Antrag auf Nutzung tiefer Geothermie, den meine Fraktion gemeinsam mit der CDU stellte, in Ettlingen von den Stadtwerken vorangetrieben, der Aufsichtsrat beschloss kürzlich eine weitere dreidimensionale Untersuchung des Untergrunds vorzunehmen, um das Risiko einer Fehlbohrung zu minimieren. Der zweite wichtige Schritt, die Nutzung der Abwärme, ist noch ungeklärt. Hier müssen im künftigen Gewerbegebiet „Herzstraße Süd-Ost“ passende Unternehmen angesiedelt werden. Ein anderes zukunftsweisendes Vorhaben der Stadtwerke ist der Bau einer weiteren Photovoltaikanlage zur Bürgerbeteiligung. Wir hoffen, dass viele Bürger die Chance nutzen, eine sichere Verzinsung erhalten und etwas für die Umwelt tun. Ein weiterer Puzzlestein künftiger Energieversorgung ist der Einstieg in Produktion und Vermarktung von Holzpellets.

Die Sanierung des Albgaubades befürworten wir, trotz der Kosten von über 7 Mio. €, auch wenn wir uns einen breiteren Schwimmbereich gewünscht hätten. Aber es ist eine Maßnahme für Jahrzehnte, die vor allem Kindern zugute kommt und die Attraktivität unserer Stadt für Familien steigert. Allerdings möchten wir davor warnen weitere städtische Aufgaben an die Tochterunternehmen ausgliedern, denn deren Schulden sind auch städtische Schulden.

Die Benzinpreise steigen, umweltfreundliche Verkehrsalternativen sind dringlicher denn je. Wir setzen uns weiter für die baldige Realisierung der Südbahn ein. Und zur fahrradfreundlichen Stadt Ettlingen gehört die Fahrradmitnahme in Bussen in die Höhenstadteile. Weil runter kommen die Meisten gut, aber hoch oh je... Außerdem drückt uns der Schuh noch bei der Anbindung des Gewerbegebiets, Arbeitszeiten werden immer flexibler, hier wäre eine Taktverdichtung sinnvoll. Die Müllentsorgung hat in Ettlingen bisher gut geklappt. Wir sind den Müllwerkern dankbar und meine Fraktion möchte an unserem bewährten System festhalten und nicht an den Landkreis rückdelegieren.

Aber nochmal zurück zu unserem Haushalt: Wo und wie viel könnten wir sparen, dieses Jahr und in den Folgejahren?

Im Vermögenshaushalt: (Investitionen)

- Eine Verlegung der Feuerwehr und einen Neubau für 5 Mio. € zuzüglich Grundstück halten wir für unsinnig, zumal wir für den Platz an der Pforzheimer Str. bisher keine Nutzungsnotwendigkeit erkennen. Einsparvolumen 5 Mio. €.
- Verzicht auf den angedachten Rathausneubau an der Pforzheimer Straße, nochmal geschätzt 5 Mio. €.
- Verzicht auf Kauf und Neu- oder Umbau des Keilbachgebäudes, schätzungsweise 3 Mio. €.
- Verzicht auf eine Neubaumaßnahme Familienzentrum, Realisierung im Schloss, Einsparvolumen vermutlich ebenfalls einige Mio. €.
- Verzicht auf Baggerlocherweiterung und kostenintensive Umgestaltung, mittelfristig 1,5 Mio. €, bisher gibt es keine Konzeption und Großveranstaltungen sind auch nicht in Sicht.
- Die Sanierung der Fliesenkunst im Horbachpark für 465.000 € ist uns zu teuer, wir votieren dafür nur wenige Fliesenobjekte als Erinnerung an die Landesgartenschau 1988 zu erhalten, da der Sanierungsaufwand sonst regelmäßig wieder anfällt.

Und im Verwaltungshaushalt:

- Eine zusätzliche Stabstelle für Öffentlichkeitsarbeit brauchten weder Herr Rimmelspacher noch Herr Dr. Vetter noch Herr Offele als Oberbürgermeister. Wir halten sie weiterhin für verzichtbar. Einsparvolumen jährlich 40.000 €.
- Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing Einsparvolumen jährlich 30.000 €.
- Messebeteiligungen Sparvolumen mindestens 15.000 € durch Verzicht auf Teilnahme an der Expo-real in München.

All unsere schönen Einsparvorschläge sind von der Gemeinderatsmehrheit im Verwaltungsausschuss abgelehnt worden. Wir denken trotzdem, dass sie sinnvoll waren.

Unsere Prioritäten: Schulsozialarbeiter, Schuldnerberater und Absanierung kosten auch Geld, wenn wir aber nicht so viel neu bauen könnten wir mehr in das soziale Miteinander und in den Erhalt unserer Umwelt investieren.

Wir haben über die Zusammenarbeit unterm Jahr aber auch Positives zu berichten. Unser Antrag gemeinsam mit der CDU-Fraktion, eine erneute Bewerbung um eine Landesgartenschau in Ettlingen, soll den grünen Gürtel auch im Norden um unsere Stadt schließen und damit die Lebensqualität für alle Bürger verbessern. Die Vernetzung städtischer Grünflächen soll den Spaziergang rund um die Stadt im Grünen, abseits des Autoverkehrs, gestatten.

Eine Landesgartenschau bringt Besucher in die Stadt und schafft nachhaltige Erholungsqualität für die Bewohner. Stadtmarketing wie wir es uns vorstellen.

Auch unsere gemeinsame Initiative, der Ersatz energiefressender Straßenbeleuchtung durch energiesparende Leuchten, jährlich sollen hier 55.000 € investiert werden, die sich aber schon nach wenigen Jahren amortisiert haben, lässt uns zufrieden „erstrahlen“.

Wir bewundern immer wieder die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in unserer Stadt. Die von der CDU angeregte Wiederanhebung der Vereinförderung auf ihren ursprünglichen Betrag unterstützen wir deshalb selbstverständlich.

Zwei kulturelle Einrichtungen, die uns besonders am Herzen liegen, sind die Musikschule und die Volkshochschule. Hier wird nicht Konsum sondern Bildung und Kreativität gefördert, an der Musikschule bei Kindern und Jugendlichen und an der VHS lebenslanges Lernen für jedermann/frau bis ins hohe Alter. Das sind die wertvollsten Schätze unserer Stadt. Deshalb treten wir Einsparwünschen an dieser Stelle entgegen. Eine Stadt sollte die Kreativität ihrer Bürger nicht kappen sondern fördern. Unsere VHS hat bereits einen für eine Bildungseinrichtung geradezu sensationellen Kostendeckungsgrad von 84 %. Meine Fraktion hat sich für die externe Ausschreibung der VHS-Leitung eingesetzt, um ein möglichst breites Bewerberspektrum in unsere Stadt zu holen.

Abschließend wünsche ich unseren Schlossfestspielen eine erfolgreiche Spielzeit. Wir hoffen auf einen neuen Aufschwung unter unserem neuen Intendanten und mit neuer Tribüne.

Obwohl meine Fraktion mit vielen geplanten Maßnahmen in diesem Haushalt durchaus einverstanden ist, lehnen wir diesen Haushaltsplan als Ganzes ab, da wir - wie Eingangs erwähnt - die Nachhaltigkeit und den ernstesten Willen zur Sparsamkeit, vor allem im investiven Bereich, vermissen.

Meine Fraktion unterstützt die Sanierung des Stephanusstifts inklusive der erhöhten Baukosten. Die sind nicht erfreulich, aber wenn saniert wird sollte es gründlich sein, in der Hoffnung, dass das Haus dann wieder für viele Jahre in neuem Glanz erstrahlt und seinen Bewohnern ein gemütliches Heim bietet.

Dem Haushaltsplan der Vereinigten Stiftungen stimmen wir zu.

Nun noch unser Dank an alle Verwaltungsmitarbeiter, die uns mit ihrem Rat unterstützt haben oder auch kritisch ihre Meinung gesagt haben. Wir schätzen beides.“

### Haushaltsrede Stadträtin Zeh:

„Unsere politischen Ziele sind schnell umrissen: Der Verein Freie Wähler Ettlingen setzt sich ein für soziale Gerechtigkeit, für Umweltschutz sowie den wirtschaftlichen und sparsamen Umgang mit Ressourcen. Leider ist es immer wieder niederschmetternd, welcher Stellenwert diesen Werten in unserer Kommune beigemessen wird. Am deutlichsten tritt dieses Defizit bei den Haushaltsberatungen zutage. Dort werden über die eingeplanten finanziellen Mittel ganz andere Schwerpunkte gesetzt. Ich möchte in meiner Haushaltsrede deutlich machen, was für uns eine gute Haushaltspolitik wäre und wie die Ettlinger Realität aussieht. Die Stadt Ettlingen hat nach wie vor Schulden - aktueller Schuldenstand 87 Mio. €. Darauf entfallen - über den Daumen gepeilt - auf den Eigenbetrieb Abwasser 40, auf die Stadtwerke 30 und auf die Stadtbau GmbH 16 Millionen. Die Stadt selbst hat eine Million Schulden, die aber durch die Ausgaben in 2007 auf vier Millionen anwachsen werden.

Finden Sie diese Situation erfreulich? Wir nicht!

Notwendig wäre ein Schuldentilgungsplan den Eigenbetrieb Abwasser zu stützen, hatte die CDU während den Haushaltsberatungen die Idee, mal eben 1 Mio. € rüber zu schieben und sie hat für diesen Vorschlag auch eine Mehrheit gefunden. Gut gemeint ist aber nicht gut gemacht. So übereilt darf das nicht laufen. Niemand hatte Zeit nachzudenken, Fragen zu klären, Konsequenzen abzuwägen.

Wenn wir die Gebühren subventionieren, wer profitiert davon? Normalverbraucher oder Großeinleiter?

Herr Foss, Sie sagten vorhin, es sei schon in Ordnung mit dem Zuschuss die Gebühren zu subventionieren, da 80% der Gebühren auf Normalverbraucher entfallen und nur 20 % auf Großeinleiter. Im Satz vorher sagten Sie aber auch, dass auf diese Großeinleiter 30 % der Abwassermenge entfallen. Da sind Großeinleiter ja jetzt schon besser gestellt! Leiten 30% ein, zahlen aber nur 20% Gebühren. Mit dieser Argumentation haben Sie unser Bauchweh noch verstärkt.

Es gibt auch andere Möglichkeiten Schulden abzubauen.

Geld, das zur Schuldentilgung eingesetzt werden soll, muss so effektiv wie möglich verwendet werden. Die Tilgung der Schulden muss gezielt und mit Plan angegangen werden und wir erwarten hierzu einen Vorschlag der Verwaltung.

Wir beantragen deshalb die 1 Mio. € Zuweisung an den Abwasserbetrieb in den Haushalt vorerst zurück zu übertragen, bis ein Vorschlag von Herrn Becker vorliegt, wo das Geld am sinnvollsten aufgehoben wäre.

Klug wäre, ohne großen finanziellem Aufwand Stadtmarketing zu betreiben und dabei die Ettlinger Interessen zu vertreten. Stattdessen explodieren unter Oberbürgermeisterin Frau Büsemaker die Ausgaben für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. Alles ist Stadtmarketing und ohne Stadtmarketing ist alles nichts.

Durch die Verteilung der Ausgaben auf verschiedene Ämter wird das tatsächliche Ausmaß verschleiert. Marketingaktivitäten sind an allen Möglichen Stellen zu finden: Die Gemeindeorgane kümmern sich um Leitbild, Städtepartnerschaften und Repräsentationen.

Bei der Pressestelle findet man Öffentlichkeitsarbeit aber natürlich nicht nur da. Das Kulturamt organisiert Veranstaltungen, Events und das Schlosskonzept, das Stadtplanungsamt plant Lichtkonzept und die Verschönerung der Stadteingänge Beim Amt für Gebäudemanagement finden sich Messeteilnahmen, Stadtinfo, noch mal Leitbild und noch mal Schlosskonzept.... diese Liste ist selbstverständlich unvollständig.

Für uns ist die Entwicklung der Ausgaben mittlerweile nicht mehr nachvollziehbar.

Was wird mit dem Geld angefangen? Zwei Beispiele:

Jedes Jahr nimmt Ettlingen völlig zweckfrei an der Expo Real in München teil - einer Messe zur Vermarktung von Gewerbeflächen. Wir haben kaum Gewerbeflächen, die wir anbieten können. Trotzdem wollen Sie, Frau Oberbürgermeisterin mitmachen. Warum? „...weil alle mitmachen...“. Seit wann ist denn das ein Argument? – wenn mir meine Kinder so kommen, haben sie keine Chance!

Aber Sie haben sich mit dieser fadenscheinigen Begründung sogar über den Gemeinderat hinweggesetzt, der 2006 explizit nicht wollte, dass Ettlingen an der Messe Expo Real mitmisch.

Wir meinen, viel effektiver als Faltblättchen auf Messen zu verteilen wäre es Kontakte vor Ort zu pflegen und interessante Firmen im gesamten Bundesgebiet gezielt anzusprechen. Leider wurde dieser Antrag abgelehnt.

Das Leitbild kostet nach der aktuellen Berechnung nun 80.000 € statt 50.000 €. Mehr als das Geld schmerzt uns jedoch, dass der Diskussionsprozess anscheinend nicht ergebnisoffen durchgeführt wird, sondern zur Durchsetzung eigener Ziele instrumentalisiert wird. Wie soll man es sonst auffassen, wenn auf Plakaten zum Thema „Bauen und Wohnen“ sich neuerdings fast die Hälfte der Maßnahmen um das Schloss drehen. Uns drängt sich der Eindruck auf, dass der Leitbildprozess benutzt wird, um den Boden für ein neues Prestigeprojekt zu ebnet.

Seit Mitte des Jahres ist nämlich der „Schlossumbau und die Schlosskonzeption“ das alles beherrschende Thema im Gemeinderat und der Verwaltung. Vernünftig wäre, auf solche Prestigeprojekte zu verzichten.

Alleine für die Vorab-Untersuchungen, Planungsarbeiten und einen Ideenwettbewerb sollen bereits vor dem Umbau etwa 500.000 € ausgegeben werden.

In welcher Größenordnung sich dann ein zukünftiger Umbau bewegen wird, kann sich jeder selbst ausrechnen nach der Faustformel: Die Planungskosten sind in etwa 3,5 % der Baukosten. Damit kommt man auf die Schwindel erregende Größenordnung von etwa 14 Mio. € Euro Umbausumme.

Um die Ausgaben zu rechtfertigen, behilft man sich mit Sprachkosmetik. Aber auch wenn man den Schlossumbau als „Bürgerschloss“ verkauft, ist und bleibt er ein Prestigeprojekt der Mammutklasse!

Am liebsten würden wir alle, außer die fürs Museum eingestellten Gelder, streichen. Aber damit beißen wir bei unseren Kollegen auf Granit. In der Hoffnung, dass auch sie wenigstens ein kleines bißchen sparen möchten, stellen wir den Antrag wenigstens die 75.000 €, die

für einen Ideenwettbewerb für die Verschönerung des Schlossvorplatz eingestellt wurden, zu streichen.

Ein zweites Prestigeprojekt wurde uns von der Verwaltung Anfang des Jahres vorgestellt: Der Umbau der Pforzheimer Straße, obwohl der Zustand der Straße überhaupt keinen Anlass zur Klage gibt.

Weder ist der Straßenbelag defekt, noch gibt es Verkehrsprobleme aufgrund der Straßenführung oder –breite. Es werden auch nicht mehr Parkplätze als jetzt vorhanden geschaffen. Alternativen zur vorgelegten Planung gab es auch nicht.

Trotzdem wurde der Umbau der Pforzheimer Straße, bis auf wenige Gegenstimmen, vom Gemeinderat abgesegnet. Geschätzte 1,5 Millionen € kostet die - Zitat: „städtebauliche Aufwertung und Attraktivitätssteigerung der nördlichen Altstadt mit Grünstreifen, Sandsteinmauer, Bänken und Bäumen“.

Wir meinen, das geht auch anders. Wenn man tatsächlich eine Zone um die Innenstadt möchte, wo niemand parken darf, kann man auch ein Parkverbotschild in der Inneren Pforzheimer Straße aufstellen. Bäume sind schon da, die Sandsteinmauer auch, fehlen nur die Bänke und ein gescheiter Fußgängerüberweg am Eck zur Durlacher Straße – Kostenpunkt vermutlich nur 1.500 € statt 1,5 Mio. €.

Wichtiger als Prestigeprojekte wäre eine zukunftssichere Unterbringung der Verwaltung. Bereits 2002 forderten wir eine Neukonzeption zur Unterbringung der Verwaltung, um die horrend hohen Mietkosten fürs Rote Rathaus künftig sparen zu können. In den letzten Haushaltsberatungen forderte dies dann auch die CDU, mit dem Zusatz, auch Telearbeitsplätze zu berücksichtigen.

In einer Ältestenratssitzung wurde Mitte des Jahres schließlich mit Ihnen, Frau Büsemaker, vereinbart, dass drei Varianten untersucht werden:

- 1) Unterbringung der Verwaltung in einem großen Neubau.
- 2) Unterbringung der Verwaltung in eigene Räumlichkeiten plus einem kleinen Neubau oder dem Kauf des Roten Rathauses.
- 3) Unterbringung der Verwaltung ausschließlich in eigenen Räumlichkeiten.

Bei dem Vergleich der Varianten sollten erzielbare Verkaufs- bzw. Mieterlöse für frei werdende Liegenschaften und notwendige Sanierungskosten berücksichtigt werden.

Was ist passiert? Nichts! Vorausschauende Planung ist nach wie vor Fehlanzeige.

Teile der Verwaltung ziehen von hier nach da, ohne dass uns eine solche Untersuchung jemals vorgelegt worden wäre.

Die Stadtbaubelegschaft zieht aus dem Rosner Gebäude in die Ottostraße, auch Teile der Verwaltung ziehen aus dem Rathaus in die Ottostraße, das Archiv aus dem Schloss soll „vielleicht“ in die Ottostraße. Um Platz zu schaffen soll für 330.000 € in der Ottostraße eine Werkstatt umgebaut werden. Das Kulturamt, samt Schlossfestspiele und Hallenamts soll ins Schloss – dafür soll dann das Schloss und auch das Kutschengebäude umgebaut werden. Vermutlich werden auch noch Bauarbeiten im Rathaus und den angrenzenden Gebäuden für den schon 2006 beschlossenen Umzug der Hausdruckerei und einen behindertengerechten Aufzug fällig. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Auch die Standortsuche für die Stadtinfo scheint nämlich eine dringende kommunale Aufgabe zu sein. Die ist bereits vom Rathaus ins Schloss, vom Schloss ins Rote Rathaus und vom Roten Rathaus wieder ins Schloss gezogen. Jetzt möchten FE und Frau Büsemaker zur Unterbringung der Stadtinfo das ehemalige Keilbach-Gebäude zu kaufen. Für eine Million €! Einen äußerst sanierungsbedürftigen Altbau! Und das obwohl unsere Stadtbau hoch verschuldet ist, nach den Sanierungen von Markthalle und der Villa Watthalden. Wie man auf solche Ideen kommt, können wir nicht nachvollziehen. Wir beantragen deshalb, auf den Kauf des Keilbach-Gebäudes zu verzichten. Mal ganz ehrlich – wir haben (wenn's hochkommt) 1.500 Betten in der Stadt und werden nicht gerade von Touristen überrannt. Die Stadtinfo hat 15.000 Kontakte im Jahr, inklusive Telefonate, eMails und Karten-

verkäufe, das sind 41 Kontakte am Tag. Müssen wir dafür wirklich Kopfstände machen? Wir meinen die 50 m<sup>2</sup> Stadtinfo kann man praktisch überall in der Innenstadt unterbringen – am Besten natürlich im Zusammenhang mit einem schlüssigen Gebäudekonzept. Alternativ könnte man natürlich bis 2015 das Umzugswesen noch etwas ausbauen. Wenn es uns gelänge, immer einen Teil der Verwaltung als sich im Umzug befindlich zu halten, würde man ebenfalls Bürofläche sparen. In der Lagerwirtschaft nennt man dies „just in time“.

Jawohl Herr Deckers, wir sind die Spaßbremsen! Mit uns gehen die Lichter aus und die Fliesen fallen ab. Wir finden es wäre angebracht auf überflüssigen Schnickschnack zu verzichten. Das wird beileibe nicht getan. Herr Deckers, Sie haben ja bereits ausgeführt, dass für Sie die Lebensqualität in Ettligen davon abhängt. Und weil es so wie Ihnen, den meisten Gemeinderäten geht, passiert was passiert:

Das Lichtkonzept wird Jahr für Jahr erbarmungslos durchgezogen. Nächstes Jahr kann sich die Bevölkerung wieder auf neue Highlights für weitere 45.000 € freuen, unter anderem auf die Illuminierung der Alb. Insgesamt werden die städtischen Kosten fürs Lichtkonzept mit 275.000 € veranschlagt. Hinzurechnen muss man noch weitere Ausgaben, die Stadtwerke und Dritte bezahlt haben. Unglaublich, wie viel Geld allein für den schönen Schein ausgegeben wird.

Die Weihnachtsbeleuchtung wird mit 16.000 € teuren Lichtteppichen aufgerüstet. Begründung der Verwaltungsspitze: „Weil sie von der Bevölkerung so gut angenommen wird“. Wir wissen nicht, wer außer den Weihnachtsmarktbesuchern zu diesem Thema noch befragt wurde. Wir vermissen keine weiteren Strom fressenden Birnchen. Im Gegenteil! In diesem Fall wäre Weniger mehr. Uns sind Klimaschutz und mal wieder ein kalter Winter zum Glühwein wichtiger.

Die gefliesten Bauwerke im Horbachpark waren Bestandteil der Landesgartenschau, die vor etwa 20 Jahren in Ettligen stattgefunden hat. Jetzt fallen die Fliesen ab und sollen für mehr als 460.000 € erneuert werden. Warum? Am bizzarsten fanden wir das Argument aus den Reihen der CDU „mit den Fliesen steige der Erholungsfaktor für die Benutzer des Parks“. Das ist natürlich Humbug. Manche finden die Fliesen schön, andere nicht. Erholen tun sich beide. Die damaligen Verantwortlichen fanden sie schick und haben sich vor 20 Jahren auch keinen Gedanken über teure und immer wiederkehrende Sanierungskosten gemacht. Unsere Generation hat nun den Salat. Wir meinen, dass man Geschenke mit teuren Folgekosten durchaus ablehnen darf. Im Hinblick auf die Belastungen, die auf die nachfolgenden Generationen zukommen, ist dies sogar unsere Pflicht. Wir beantragen deshalb, wenigstens einen Teil der gefliesten Bauwerke zu entfernen um die immer wiederkehrenden Sanierungskosten einzudämmen.

Aber nicht nur die Verwaltung, auch Mitglieder des Gemeinderates melden Luxuswünsche an. Die CDU wünscht sich Minifontänen, die FDP die Aufwertung des Rimmelspacher Platzes, die SPD gerne Dinge mit historischem Geschichtsbezug oder zusammen mit FE ein Skulpturenpark. Notwendig ist dies alles nicht. Trotzdem werden diese Wünsche oft nach dem Motto erfüllt: Zahlst du mir meins - zahl ich dir deins. Dabei wird gerne vergessen, dass es eben nicht das eigene Geld ist dass man ausgibt – sondern das des Steuerzahlers.

Wir sollten auf den Boden der Realität zurückkehren und uns nicht mit Metropolen vergleichen. Wer die Glaspyramide vor dem Louvre hierher holen will, sollte lieber nach Paris ziehen. Wir leben ausgesprochen gerne in unserer großen Kleinstadt. Wir genießen in erster Linie die herrliche Lage am Rande des Nordschwarzwalds und die romantische Alb. Sinnvoll wäre, diese Landschaft nachhaltig zu pflegen. Der Wunsch, in dieser Hinsicht was zu tun, ist da. Hatten doch erst vor kurzem alle Gemeinderäte sich darauf verständigt, die nördliche Umgebung von Ettligen zu verbessern und sogar eine Bewerbung zur Landesgartenschau in Betracht gezogen. Konkrete Maßnahmen werden allerdings bestenfalls erst nach vielen Jahren folgen.

Wenn man schon heute handeln möchte, bietet sich - wie Frau Saebel schon sagte - ganz aktuell eine besonders günstige Gelegenheit, nämlich: Etwas für die Umsetzung der Gewässerentwicklungspläne zu tun, die Mitte 2005 vom Gemeinderat verabschiedet wurden. Wir un-



terstützen diesen Antrag. Hinsichtlich der enormen Kosteneinsparung aufgrund der Bezuschussung wäre es geradezu fahrlässig diesen Topf nicht anzuzapfen. Ebenso nachhaltig und obendrein wirtschaftlich wäre, den Sanierungsstau in öffentlichen Gebäuden planvoll und gezielt abzubauen.

Auch diesen Antrag stellen wir schon seit Jahren. Der Gebäudebestand ist in die Jahre gekommen und oft muss einfach alles - Gebäudehülle und Heizung - gemacht werden. Da bietet sich eine integrale Gebäudesanierung einfach an. Integrale Gebäudesanierung heißt: Komplettsanierung auf einen Rutsch und Optimierung des Gebäudes hinsichtlich der Nutzung. Wärmebrücken werden vermieden, die Heizungsanlage kann kleiner dimensioniert ausfallen, man braucht nur einmal ein Gerüst aufzubauen, usw. Eine integrale Gebäudesanierung ist die wirtschaftlichste und nachhaltigste Art ein Gebäude zu sanieren und oft sogar Voraussetzung, um zinsgünstige Kredite oder Zuschüsse zu erhalten. Dies wird auch von niemandem bestritten. Trotzdem ist die bisherige Praxis das Gießkannenprinzip. An einem Gebäude wird das Dach, am nächsten die Fassade und am übernächsten die Heizung saniert und im nächsten Jahr ist es andersrum. Warum? Wir hören: Komplette Sanierungskonzepte machen viel Arbeit, das Amt für Gebäudewirtschaft ist noch nicht soweit. Das Argument ist nachvollziehbar. Niemand kann oder sollte sich verreißeln. Leider bleiben, weil Prestigeprojekte Priorität haben, die falschen Dinge liegen.

Liebe Zuhörer, wir brauchen keine Prestigeprojekte, wir brauchen keinen überflüssigen Schnickschnack, wir müssen unsere Zeit auch nicht ständig mit dem Besuch von Events totschlagen. Passend wäre, eine maßvollere Planung von Events und Kulturveranstaltungen. Verwaltung und Gemeinderatsmitglieder, vorrangig welche aus der SPD-Fraktion, überbieten sich gegenseitig mit kreativen Ideen zur Durchführung von immer neuen Veranstaltungen. Ich sage nur: Historischer Markt, Albinselfkonzerte, Schloss-Schlittschuhbahn, Open Air Kino usw., mittlerweile hat man Schwierigkeiten noch ein paar freie Tage zu finden. Letztes Jahr fanden derart viele Events statt, dass die Bewohner der Innenstadt sich massiv belästigt fühlten und dies auch in Leserbriefen in den BNN kundgetan hatten. Darüber hinaus haben sich parallel laufende Veranstaltungen gegenseitig gestört und die Besucher waren unzufrieden. Ein deutliches Zeichen, dass das gesunde Maß überschritten ist. Neue Veranstaltungen kann es erst dann wieder geben, wenn dafür eine alte rausfliegt, das sollte allen klar sein. Trotzdem ist der Kulturbereich eine heilige Kuh, die nicht angetastet werden darf. Unserem Kürzungsantrag ist der spendable Gemeinderat erst gefolgt, nachdem selbst der Amtsleiter meinte, jawohl in 2007 könnte man durchaus 15.000 € sparen. Er könne beim besten Willen nicht alle der eingeplanten Projekte durchführen.

Liebe Kollegen, liebe Oberbürgermeisterin - der Eventbereich ist ausgereizt!

Wenn wir die Wirtschaft und den Handel stärken wollen, sollten wir uns substanzielleren Dingen zuwenden. Das Schaffen von Wohnraum in Innenstadtnähe sorgt effektiver für ein Mehr an potentiellen Kunden. Die bleiben nämlich länger.

Zukunftssicher wäre, für Paare und Familien Wohnraum anzubieten. Viele Menschen würden gerne nach Ettlingen ziehen. Das liegt an der geografisch schönen Lage von Ettlingen, am Flair der Altstadt, an der guten Infrastruktur und der verkehrsgünstigen Nähe zu Karlsruhe. Ettlingen ist sehr attraktiv. Events, Prestigeobjekte und Marketing brauchen wir also überhaupt nicht.

Das Problem ist, Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zu schaffen, ohne gleichzeitig der Zersiedelung durch Neubaugebiete am Stadtrand Vorschub zu leisten.

In die absolut richtige Richtung zielte deshalb der 2005 gestellte Antrag der CDU, die Verwaltung möge das AVG Gelände überplanen, als Sanierungsgebiet ausweisen und Verhandlungen zum Erwerb des Grundstücks führen. Glücklicherweise kam der Antrag trotz den Gegenstimmen von Frau Büssemaker, FDP, FE und SPD durch. Wir hoffen, dass wir in 2007 einen ersten städtebaulichen Planentwurf von der Verwaltung präsentiert bekommen. Es gibt sicher noch mehr Projekte, die den erwünschten Zuzug von Familien begünstigen, beispielsweise die

Zusammenlegung von Stadtbau Wohnungen zu größeren Einheiten mit Hausgärten oder die Bezuschussung von Dachausbauten oder die Teilung von Häusern. Das Thema „Wohnraum in Ettligen“ ist wichtiger als alle Events und Marketingprojekte zusammen. Hiermit sollte sich die Verwaltung auseinandersetzen und Ideen entwickeln.

Erfreulich ist die Vielfalt der Sozialprojekte, die durch Frau Petzold-Schick unterstützt und angeschoben werden. Sozialforum, das Verknüpfen der Sozialen Strukturen, Jugendarbeitskonzeption, Ausbau von Ganztageschule und Kinderbetreuung, Seniorenkompetenzteams, Wettbewerb mit Preisauslobung für ein familienfreundliches Ettligen, Tafelladen ... Wir erkennen deutlich das Bemühen um Sozialprojekte und finden das allermeiste auch sehr begrüßenswert. Hier sehen wir die finanziellen Mittel auf alle Fälle besser angelegt, als in irgendwelchen Faltblättchen, die man auf Messen verteilt. Aber auch hier erkennen wir Mängel: Das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei für alle zu gestalten, wie FE und SPD es fordern, klingt zwar toll ist aber keine soziale Maßnahme.

Warum sollte man gut situierten Eltern, die für ihre Kinder Schulgeld für den Besuch von Privatschulen zahlen, die Kindergartengebühren schenken? Wir meinen: ein Erlass von Kindergartengebühren sollte abhängig vom Einkommen sein. Einer solchen Regelung würden wir gerne zustimmen.

Das übrig gebliebene Geld würden wir dann lieber für Sprach- und Integrationskurse, Bewegungserziehung oder zur Einstellung zusätzlicher Erzieher ausgeben, um kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen.

Unser Resümee zum vergangenen Jahr ist:

Auch wenn im sozialen Bereich Verbesserungen zu verzeichnen sind und absolut gesehen mehr Geld für überfällige Investitionen im Gebäudebestand ausgegeben werden, sind wir uns speziell in diesem Jahr vorgekommen, wie der Hamster im Laufrad. Ein kostspieliger Einfall – man kann auch „Hirnfurz“ dazu sagen - jagte den anderen. Nur in wenigen Fällen ist es gelungen das Schlimmste zu verhindern, beispielsweise die Beauftragung eines ganz und gar überflüssigen Moderatorenbüros für den Sang, den überdachten Weg zum Schwimmbecken im Freibad und auch hoffentlich den Glasaufzug auf dem neuen Markt.

Es werden nach wie vor die falschen Schwerpunkte gesetzt.  
Je mehr Geld da ist, desto mehr wird verpulvert.

Wir lehnen daher den Haushalt ab. Der Stellenplan findet ebenfalls nicht unsere Zustimmung.

Die Tatsache, dass durch Umstrukturierungen und Beförderungen der Bereich um die Oberbürgermeisterin und Marketing aufgebläht wird, während in allen anderen Bereichen immer weniger Leute immer mehr Arbeit machen, halten wir für wenig zielführend. Außerdem fehlt uns die Leitungsstelle der Volkshochschule im Plan. Damit ist auch der Stellenplan ein Mosaiksteinchen, das zu unserer Ablehnung des Haushaltes führt.“

#### Haushaltsrede Stadtrat Künzel:

„Lassen Sie mich im Vorfeld zur Kommentierung des Haushalts 2007 einige Bemerkungen zu unserer bisherigen Arbeit im Gemeinderat machen. Wir haben bislang die Hälfte unserer Amtsperiode hinter uns und da ist es doch ganz sinnvoll mal zu hinterfragen „was hatten wir uns vorgenommen“ und „was konnten wir bewegen bzw. was ist daraus geworden“.

Wir sind im Sommer 2004 in einer für Ettligen noch nie da gewesen politischen Vielfalt gestartet und traten sicherlich für das ein, was die einzelnen Gruppen am meisten vermissten. Zur Erinnerung möchten wir nur einige Beispiele, mit den größten Überschneidungen, nennen:

Bürgernahe Politik, Masterplan, Kinder-, Jugend und Familienarbeit, Ganztageschule, aktives Vereinsleben, bezahlbare Kulturangebote(SFS) und nicht zuletzt den Schuldenabbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können beruhigt bleiben. Es ist wirklich von jedem etwas dabei. Stellen wir nun gegenüber, was wir bislang erreicht haben.

Beispiel Bürgernahe Politik:

Mit der Verwaltungsstrukturreform wollen wir die Neudefinition von Kernthemen. Hier sind als erstes das neue Bildungsamt und das Amt für Gebäudemanagement zu nennen. Zeigen wir etwas Geduld, damit die Umsetzung den Erfolg zeigt, den wir uns davon versprechen.

Beispiel Masterplan:

Der in diesem Jahr gestartete Leitbildprozess soll im Verständnis auch Masterplan sein. Wir sind noch mitten drin. Die vorläufigen Ergebnisse erhalten wir im Laufe der zweiten Jahreshälfte. Ein Prozess übrigens, der eigentlich fortwährend geführt werden könnte. Dann auch ohne externe Mentoren.

Beispiel Kinder-Jugend- Familie-Senioren:

Wir haben mit unserer neuen Bürgermeisterin die personelle Weiche gestellt mehr Sozialkompetenz in Ettligen zu zeigen. Mit unserem verbesserten Angebot an Kleinkinder- und Kinderbetreuung sind wir gut aufgestellt. Bei der Jugendarbeit muss noch nachgearbeitet werden. Unsere Senioren organisieren sich beispielhaft selbst, wenn gleich wir auch feststellen müssen, dass genau diese Personengruppe in den jüngsten öffentlichen Diskussionen unberücksichtigt blieb. Aber das lässt sich korrigieren.

Beispiel Ganztageschule:

Wir sind das Mögliche angegangen. Mit der Einrichtung an der Pestalozzischule und mit dem Werden am Schulzentrum Horbachpark können wir uns zeigen. Das andere Schulen am IZBB-Projekt nicht mitgezogen haben, bedauern wir außerordentlich. Wir denken, das war eine vertane Chance, die Kosten erspart hätte.

Beispiel Vereinsleben:

Wie wichtig das funktionierende Vereinsleben für unsere Stadt ist muss man niemanden mehr groß erklären. Wir freuten uns auch über das Verständnis der Vereine, als wir letzten Jahres die Förderbeträge um 20 % kürzten. Das wir dies den Vereinen wieder zurückgeben, ist ein positives Zeichen, aber wir sollten auch in aller Konsequenz sagen, dass sich, wenn sich die Haushaltssituation in den nächsten Jahren verschlechtern sollte, wir auch hier wieder ansetzen müssen. Ich frage: sind wir den Vereinen gegenüber so ehrlich? Es ist politisch vollkommen in Ordnung, wenn die eine oder andere Gruppierung/Fraktion für sich im Nachhinein in Anspruch nimmt: „das haben wir auf den Weg gebracht“! Wichtig ist doch das alle unterstützend mitgewirkt haben und gleiche Ziele verfolgen. Also kann man doch sagen: Die neuen politischen Verhältnisse haben einen positiven Akzent gesetzt, wenn auch noch nicht alles so rund läuft wie gewünscht.

Was uns allerdings weniger gut gefällt ist, wenn der Anschein erweckt wird, die Verwaltung führe ausschließlich Auftragsarbeiten aus. Hier muss man gerechterweise sagen, dass dem so nicht ist. Die Verwaltung hat in vielen Beispielen eigenständig bereits Vorlagen für den Gemeinderat erarbeitet, wurde des Öfteren durch die hereinstürzende Flut von Anträgen überrascht und regelrecht blockiert. Sind wir mal ehrlich, das kann doch nicht der Sinn ihrer Arbeit sein – oder? Es war und ist gelegentlich auch erschreckend bis amüsant mit welchem Ehrgeiz Anträge formuliert und eingereicht werden, zu Themen die bereits am Laufen sind bzw. schon behandelt wurden. Man gewinnt den Eindruck, unter Vorbehalt sportlichen Respekts, ein Wettstreit wäre ausgebrochen und nur die öffentliche Aufmerksamkeit zählt. Frei nach dem Motto, wer die 100er-Marke nicht erreicht, spielt nicht mit!

Um ihnen eine persönliche Konsequenz aus dem Übermut vor Augen zu halten: Jeder von uns freut sich auf den Heimweg nach einer Sitzung und wenn er seinen Lebenspartner oder die

Kinder noch in den Abendstunden sehen kann. Hinzu kommt, dass „angeblich“ Mitarbeiter der Verwaltung auch noch ein Privatleben haben, das zu respektieren ist. Dies zu erleben kam leider im laufenden Jahr nicht so oft vor und dafür gibt es auch simple Erklärungen.

Würden sich manche unserer Politaktivisten im Vorfeld mit der Verwaltung kurzschließen, gelegentlich auch mal recherchieren, würde der eine oder andere Antrag sich sicherlich erübrigen und wir müssten nicht, wie so oft, 17 Tagesordnungspunkte abhandeln. Nichts gegen Engagement im Amt. Ich sehe allerdings in den vergangenen 2 ½ Jahren, dass man gerne kritisch gegeneinander statt kritisch konstruktiv (und so stand es in den Hochglanzprospekten) miteinander gearbeitet hat. Kurz angemerkt: Wir nehmen uns da nicht aus.

Wir sollten uns daher für die nächste Hälfte mehr Effizienz vornehmen, nicht alles schlecht reden was vom politischen Gegenüber kommt und nach Möglichkeit auch noch Freude am politischen Ehrenamt haben.

Kommen wir aber nun zum TOP-Thema schlecht hin: Haushalt 2007

Als uns Herr Becker, hoch gelobter Stadtkämmerer mit Weitblick und Besonnenheit, im Spätsommer die Entwicklungen bei den Gewerbesteuererinnahmen offerierte, bekamen manche oder eigentlich jeder in unserem Kreis glänzende Augen. Ein bißchen Hochgefühl nach den Diskussionen (Haushaltsberatungen für 2006) acht Monate zuvor. Es steht natürlich jedem frei, wie er die Mehreinnahmen für sich interpretiert. Umso bemerkenswerter, wie mancher politische Prophet im Gemeinderat durchs Land (Städtle gemeint) zieht und verkündet: „... habe ich schon immer gewusst“. Oder ein anderer weiser Politgeist aus dem Gemeinderat sinngemäß sagt: „...wir haben alles richtig gemacht“.

Bei aller berechtigten Euphorie, ob wir alles wissen oder richtig machen sei dahingestellt – wir sind gerne bemüht es zu tun! Aber der Dank und Respekt gehört vorrangig denen, die in unserem Land Steuern zahlen und denen die dafür sorgen das sie bezahlt werden, denn das ist das Ergebnis unseres Steuerregens. Wir können stolz auf die Unternehmen in unserer Stadt sein, die sich wirtschaftlich so positionieren, dass sie Gewerbesteuer ausweisen, sie auch hier abführen und über Investitionen nachdenken. So was nennt man Wirtschaftskraft mit Sozial-Verantwortung. Wir gehen sogar noch ein Stück weiter und unterstellen, dass sie sich zu dem Standort bekennen. Was bedeutet dies für uns? Weiterhin solide Politik in Fragen weicher und harter Standortfaktoren, Besonnenheit bei dem Steuerungsinstrument Hebesatz und aktive Wirtschaftsförderung – nicht nur monetär, auch ideell!

#### 1. Personalsituation

Innerhalb der Haushaltsberatungen sind wir übereingekommen, dass wir unser Personal entgegen dem bisherigen Wunsch an bestimmter Stelle ausbauen. Rückblickend auf die Erfahrungen der letzten beiden Jahre und unserem allgemeinen Ziel mehr für die Jugend zu tun, haben wir uns entschlossen eine halbe Stelle im Bereich der Jugendarbeit einzustellen. Aktuell zu den jüngsten Geschehnissen und ergänzend zu den Überlegungen bei der Landesregierung macht es durch aus Sinn im Bereich der Schulsozialarbeit ebenfalls personell aufzusto-cken.

Sie sehen, wir haben in überparteilichem Konsens, neben den Ankündigungen in den Hochglanzprospekten, einen weiteren Mosaikstein gesetzt.

#### 2. Familienzentrum „Haus der Familie“

Als unsere Bürgermeisterin ihre Idee von einem Familienzentrum als Integrationsort der Generationen, Betreuungs- und Fürsorgestätte vorgestellt hatte, herrschte im Raum noch Skepsis ob das wirklich was wird. Die notwendige bauliche Investition wurde als höchste Hürde gese-

hen. Von der politischen Bedeutung wollten nur einzelne, wir zum Beispiel (ich weiß man soll sich nicht selbst loben), etwas wissen.

Wir hatten im November unser erstes Sozialforum (übrigens dieser Termin war bereits ein  $\frac{3}{4}$  Jahr vorher angekündigt und ohne Terminkollision geplant) mit einer überwältigenden Resonanz erlebt. Das Haus der Veranstaltung war brechend voll und die Bühne mit erklärten Unterstützern fast zu klein. Und wenn man den Redebeiträgen genau zugehört hat ist genau dieses Zentrum ein symbolischer Ort der Vernetzung von sozial engagierten Organisationen und Einrichtungen widerspiegelt. Übrigens ein Novum in der Region!

### 3. Feuerwehrgerätehaus

Die Diskussionen sind endlich. Fangen wir an! Bei unserer derzeitigen finanziellen Ausgangssituation ist es mehr als angebracht, das seit langem avisierte Vorhaben zu realisieren. Eine Teilrefinanzierung ist aus dem Verkauf des jetzigen Standortareals machbar. Die Kosten würden sich somit deutlich verringern. Wir wünschen bei der Projektdurchführung auch abzuklären, ob es machbar wäre sowohl das DRK und ein THW zu installieren. Hier sollten Kontakte aufgenommen werden. Vielerorts hat gerade diese Kombination optimale Synergien frei gesetzt. Wir sollten uns sowieso auf die Bündelung von Engagement und Bereitstellung der Einsatzkräfte konzentrieren. Was spricht eigentlich dagegen, dass wir mittelfristig den Fahrzeugbestand bei der zentralen Feuerwehr unterbringen und bei den Talorten uns auf die Mannschaftsfahrzeuge beschränken. Eine ähnliche Konzentration wäre auch für die Höhenstadteile denkbar – reden wir darüber!

### 4. Schloss

Wir sind uns einig, dass am Schloss was getan werden muss. Die bisherige Vorgehensweise der Verwaltung ist richtig. Etwas überzogen fanden wir dann doch, dass schon Umbaupläne (Aufzug etc.) plötzlich auf dem Tisch lagen. Wie sie wissen, verliert sich die Diskussion im Detail und das eigentliche bleibt unbeachtet. Wir sehen daher auch als sinnvoll an, bei der Konzeption den Außenbereich mit seinen Plätzen mit einzubeziehen. Aus diesem Grund haben wir auch den Vorschlag eingebracht, die Umgestaltung des Rimmelspacher Platzes (eventueller Standort der Stadtinfo mit Öffnung zur Rastatter Straße) in die Planung mit einfließen zu lassen. Die Erschließung eines Objekts ist eine zentrale Angelegenheit, die über die Publikumsströme entscheidet. So stellt sich primär die Frage: Was will ich beleben? Die vorläufig eingestellten Haushaltsmittel sind sicherlich großzügig bedacht und die Kritik verständlich. Wir möchten jedoch zu bedenken geben, dass bekanntlich die eingestellten Mittel nicht grundsätzlich auch ausgeschöpft werden müssen. Hier gibt es sicherlich noch Gesprächsbedarf, welches Geld für welche Maßnahme zu verwenden ist.

### 5. Eichendorff-Gymnasium

Ich hatte es eingangs schon gesagt, dass ich es bedaure, dass die Schulkonferenz sich nicht auf die Teilnahme am IZBB verständigen konnte. Nach meinem Dafürhalten eine versäumte Chance. Zurzeit erleben wir ein nur schleppendes Funktionieren des Mensabetriebes. Ich möchte an dieser Stelle auf die unkomplizierte aber effektive Lösung beim Heisenberggymnasium hinweisen. So was könnte doch beim EG auch funktionieren. Vielleicht nimmt es der Arbeitskreis Mensa am EG auf. Wir haben uns auch außerordentlich darüber gefreut, dass unserer politischen Freunde im Gemeinderat entsprechende Anträge zur Sanierung der Pavillons eingebracht haben. Unser Besuch im Sommer am EG hat sicherlich nachhaltige Wirkung gezeigt und Taten folgen lassen – weiter so! Auch hier können wir bestätigen – solange unsere Kollegen sich hinter das stellen was wir anstreben gibt es nichts zu beklagen – danke nochmal! Wir sind uns noch nicht im Klaren, ob eine kurzfristige Realisierung oder eine mittelfristige bauliche Verbesserung der Situation die richtige ist. Mittel sind aber eingestellt. Nicht desto trotz wünschten wir uns auch das energetische Konzept, wie übrigens an allen öffentlichen Gebäuden.

### 6. Sportpark Baggerloch

In den letztjährigen Beratungen hatten wir uns noch für die Sensibilisierung des Themas stark gemacht. Nun sind wir einen Schritt weiter und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen bekommen ein klares Bild – Mittel sind eingestellt. Ist es nicht ein verführerischer Gedanke, wenn der KSC nächstes Jahr ins Oberhaus aufsteigt, wir in unserer schönen Stadt die Gastspielstars der Bundesliga beherbergen könnten und eine 1a-Trainingsadresse vorhalten. Im Anschluss an das Fußballjahr 2006, mit Spitzenpersonal in den eigenen Reihen, die über beste Kontakte verfügen, müsste doch so was machbar sein. Schließlich sind wir neben einer selbst erklärten Kultur- auch Sportstadt. Wir drücken jedenfalls dem KSC die Daumen. Aber nicht nur das Spiel mit dem Ball braucht eine adäquate Stätte, sondern auch die hervorragende Leichtathletik in unserer Stadt. An dieser Stelle möchte ich auf die jüngsten Erfolge im Juniorenbereich verweisen.

## 7. Spitzensport und Spitzenkultur

Wer erinnert sich noch an die ersten Tage unseres geschätzten Kollegen Alfredo Palermo, als er in der Stadt mit dem Judo sport anging und nun eine international beachtete Topmannschaft vorweist - Bundesliga und Europacup! Hut ab vor soviel persönlichem Einsatz. Und in der Kultur sind wir ebenso aufgestellt. Es gibt zwar keine Bundesliga der Pianisten oder der Liedkultur, aber zumindest sind die Auftritte und ihre Beachtung in der Liga international und national anzusehen. Also sind wir hoch beachteter Standort. Wir im Gemeinderat stehen vor der Frage: Wie fördern wir was? Soweit wir es einschätzen können, wollen wir in der Bundesliga der Kultur und des Sports weiterhin mitspielen.

Ich sehe bei unserer (!) Schubertiade durchaus Parallelen zu dem persönlichen Engagement im Judo sport. Und wissen wir nicht alle, wie wir uns mit großer Beachtung schmücken können. Ich finde es übrigens auch anstößig, wenn man das uneingeschränkte persönliche, von Idealismus geprägte Engagement als Privatveranstaltung verunglimpft. Stünde da nicht eine enorme Portion Idealismus dahinter und da schlage ich gerne wieder Brücke zum Sport, wäre „Bundesliga“ der Kultur in Ettlingen nur schwerlich denkbar. Natürlich dürfen wir die Frage immer wieder stellen: „Wie viel Kultur verträgt unsere Stadt“? Aber wenn man auf hohem Niveau bereits steht, ist es doch sträflich wieder ins kulturelle Neandertal abzusteigen. Nicht zu verschweigen, was dies auch für unsere Kunst und Musikinteressierten Jugend vor Ort bedeutet (zur Erinnerung die Worte unseres Ehrenbürgers Erwin Vetter beim Jubiläum des Pianistenwettbewerbs vor wenigen Tagen). Die Unterstützung der Schubertiade mit einem schulischen Konvent zu verbinden ist zwar nett, löst aber die Frage nach Wertschätzung nicht. Für mich reines Alibi-Gehabe! Wir beantragen daher die Erhöhung des Zuschusses, auch mit Blick auf das kommende Jubiläumsjahr, um den bescheidenen Betrag von 5.000 € (Deckelung über Stadtmarketingetat). Wir sind auch der Auffassung, dass, ähnlich anderer förderungswürdiger Veranstaltungen, unser Kulturamt in die Organisation und Budgetierung mit eingebunden werden muss.

## 8. Stadtmarketing

Wie sie wissen, und wir es in den vorausgegangenen Haushaltsreden bereits umfangreich verargumentiert haben, sind wir Befürworter eines aktiven Stadtmarketings und wissen um die Notwendigkeit im Kräfteressen und Wettbewerb zwischen den Kommunen. Allerdings sind wir aber auch an einem finanziellen Punkt angekommen, wo nun Resultate und Ergebnisse erkennbar werden müssen. Das Argument der nicht mess- bzw. Erkennbarkeit können und wollen wir nicht so stehen lassen. Es reflektiert geradezu zwangsläufig die Kritik an der Notwendigkeit. Erlauben Sie mir daher eine kurze Anmerkung. Auf dem Firmenfahrzeug eines Parteifreundes von uns steht: „die Agentur für messbaren Werbeerfolg“. Und genau da wollen wir hin. Messbare Werte. Wir haben auch kein Problem damit, wenn wir hierfür eine eigene physikalische Einheit, den so genannten „Büssy“, definieren müssten.

## 9. Wohnraum in Ettlingen

Wir sind uns einig, wenn wir feststellen, dass a. Ettlingen ein teures Pflaster ist und b. jungen Familien und einkommensschwächeren Personen der Eigenheimerwerb sehr schwer fällt. Man könnte nun sagen „das regelt der Markt“. Aber ist das nicht zu sehr vereinfacht, wenn wir gleichzeitig über demographischen Wandel lamentieren und Familienfreundlichkeit offerieren?

Ein Beispiel: Es war ein Fehler, als wir seinerzeit das von der Kirche uns angebotene Gelände Oberlinhaus in Ettlingen-West nicht kauften. Wir hätten es der Stadtbau GmbH zur Entwicklung übertragen sollen und gezielt dann an unsere Zielgruppe veräußern. Aus diesen Fehlern sollten wir lernen. Wir werden eine Zunahme an Konversionsflächen in den nächsten Jahren haben. Die innerstädtische Verdichtung als Maßnahme aus dem Flächenmanagement ist ebenso ein wichtiges Instrument. Wenn wir wirklich auf die Wohnraumentwicklung maßgebenden Einfluss nehmen wollen, werden wir uns für die Zukunft beim Grundstückserwerb zur Eigenheimvermittlung (Beispiel Ulm) anders aufstellen müssen. Übrigens: Der Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum ist das Megathema bislang beim Leitbildprozess. Aus diesem Grund sollten wir schon politische Zeichen setzen. Wir sind auch der Auffassung, dass wir mit dieser Politik die Stadtbau wieder auf Vordermann bekommen.

#### 10. Städtischer Fuhrpark

Im letzten Jahr wurde bereits von Kollege Foss um die Aufstellung eines Fahrzeugkonzepts seitens der Verwaltung für den städtischen Fuhrpark gebeten. In der jetzigen Haushaltsvorlage wurde sehr viel Geld für Neuanschaffungen eingestellt, aber das Konzept blieb aus. Wir haben nun innerhalb der Beratungen nochmal gemeinsam auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen. Wenn wir keinen Überblick über die Gesamtsituation haben, fällt es uns schwer einem Erwerb zuzustimmen. Zudem kommt, dass wir die Gemeindeprüfungsanstalt damit beauftragt haben, innerhalb der Verwaltung die Möglichkeit des Outsourcings zu prüfen. Es ist nicht auszuschließen, dass mit dem Prüfungsergebnis der Gemeindeprüfungsanstalt sich Auswirkungen auf den Fuhrparkbestand ergeben.

#### 11. Schuldenabbau

Wie ich schon eingangs auf die Inhalte unserer Hochglanzprospekte bei der Kommunalwahl verwies, war eines der Themen die angepackt werden müssen der Schuldenabbau. Soweit so gut! Nach Einbringung des Haushalts und innerhalb der Beratungen wollen offensichtlich Teile des Gemeinderates von diesem hehren Ziel nichts mehr wissen. Letztes Jahr haben wir mit gespitzter Feder die Haushaltsvorlage der Verwaltung zusammengestrichen - konsequent! Und nun, nach den sommerlichen Hochgefühlen? Es gibt eine Fernsehsendung im Regionalprogramm des SWR die da heißt: "Fahr´ mal hin"! Die aktuelle Sendung zu unserem Haushalt heißt folglich: „Lang´ mal hin“!

Ich weiß nicht, wem man noch ins Gewissen reden soll, aber die Bereitschaft unseren bisherigen Weg wieder zu verlassen, lässt sich rational nicht nachvollziehen.

Hier noch mal die ursprünglichen Eckdaten. Wir sind in das Jahr 2006 mit einem Schuldenstand von 2,8 Mio. € gestartet. Ein Trend, den wir seit 2003 konsequent nach unten drückten. Mit der überwältigenden Steuermehreinnahme im laufenden Jahr und der damit verbundenen Sondertilgung kann der Schuldenstand auf 1,5 Mio. € zum Ende des Jahres weiter nach unten bewegt werden. Nach der Haushaltseinbringung und Haushaltsberatungen haben wir aktuell nun wieder eine Neuverschuldung von rund 4,1 Mio. € in 2007. Das entspricht dem Ausgangsniveau von 2003. Wir wissen alle, dass sich die Steuermehreinnahmen nicht beliebig fortsetzen. Und wir wissen, dass durch Finanzumlage wir in 2008 zum jetzigen Stand in der mittelfristigen Finanzplanung keinen ausgeglichenen Haushalt hinbringen. Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen, aber noch mal zur Erinnerung. Wenn unser Stadtkämmerer auf diese Entwicklung deutlich hinweist, dann können wir nicht so tun als hätten wir es nicht gehört. Ich erinnere an unsere Zielsetzungen 2004 im Hochglanzprospekt.

Wir greifen zusätzlich in unseren Stadtsäckel und schmälern die Rücklagen um 3,0 Mio. €. Wir nehmen Kredite von rund 3,1 Mio. € auf. Wohin soll das führen? Es ist zwar richtig, dass wir dem Investitionsstau der vergangenen Jahren entgegen treten müssen und gerade an unseren Gebäuden dringender Handlungsbedarf besteht, aber wir müssen im Einzelnen genauer abwägen.

Hier die fettesten Brocken, die zur Disposition stehen:

#### Beispiel 1: Abwasser

Es ist für uns absolut unverständlich, dass wir hier eine Subventionierung des Eigenbetriebes Abwasser (1 Mio. €) betreiben, obwohl wir doch genau wissen, da die damit unumgängliche Gebührenerhöhung sich max. um 18 Monate nach hinten verschoben wird. So was nennen wir politische Augenwischerei. Wir wissen genauso gut, dass wir beim Eigenbetrieb ein strukturelles Problem haben. Warum versuchen wir nicht konsequent alle Möglichkeiten zu durchforschten, hier Abhilfe zu schaffen.

Die FDP stellt hierzu folgenden Antrag: Vorlage

#### Beispiel 2: Immobilie Keilbach

Wir sind der Auffassung, dass der Erwerb dieser Immobilie zum Zweck der Unterbringung Stadtinformation keinen Sinn macht. Für die Stadtinformation werden vielleicht gerade mal 80 Quadratmeter benötigt. Diese Fläche ließe sich auch anmieten. Zudem haben wir noch andere Optionen. Wir sind mit unserem Planungsrecht durchaus in der Lage einen Investor für das Objekt an unsere Vorstellungen der städtebaulichen Gestaltung zubinden. Natürlich ist es wünschenswert das Gebiet in ein Sanierungsareal aufzufangen. Zudem wir, der Beschreibung zu Folge, dann auch das Schloss integriert hätten.

Die FDP stellt hierzu folgenden Antrag: Vorlage.

#### Beispiel 3: Horbachpark

Wir hatten uns im Nachgang zu den Haushaltberatungen noch mal verständigt und sind zu der Auffassung gekommen, dass wir sicherlich die Kunstobjekte im Horbachpark erhalten sollen. Wir stellen uns aber auch die Frage, ob es wirklich notwendig ist, eine Sanierung der Fliesen mit fast ½ Mio. € anzugehen. Wir sind der Meinung es gibt auch wesentlich günstigere Varianten, ohne die Kunstobjekte zu entfremden. Wir stellen auch die Frage, wie geht es weiter, wenn in zwei oder drei Jahren wieder Fliesen zu reparieren sind, wir aber einen low-budget-Haushalt verwalten müssen?

Im Abschluss unserer Haushaltskommentierung stelle ich Ihnen noch mal die Frage: Wollen wir unseren Zielen aus 2004 treu bleiben? Sind wir an einer konsequenten Entschuldung ernsthaft interessiert? Wenn ja, dann sollten wir diesen Weg auch weiter beschreiten.

#### Wirtschaftsplan 2007 Eigenbetrieb Abwasser

Wie in meinem vorausgegangen Beitrag bereits erwähnt, haben wir mit dem Eigenbetrieb ein strukturelles Problem, das mittelfristig zu lösen ist. Wir hatten im vergangenen Jahr zu diesem Thema bereits eine Klausur mit Fachvortrag, wir sind aber in der Sache noch nicht weiter gekommen. Bezüglich der Finanzspritze (Verlustübernahme) von einer Millionen Euro haben wir bereits unseren Antrag eingebracht. Wir schlagen daher vor, eine unumgängliche angepasste Gebührenerhöhung (ca. 32 ct./m<sup>3</sup>) bereits im kommenden Jahr vorzunehmen. Das Verhältnis zwischen privat und gewerblichen Nutzern liegt bei 2/3 zu 1/3. Wir wissen auch, dass wir damit die privaten Haushalte mit rund 50 Euro im Jahr (4-Personen Haushalt) mehr belasten. Aber wir kommen nicht umhin, die notwendigen Sanierungen im Kanalnetz weiter fortzuschreiben. Wir stehen hier in der gesetzlichen Pflicht.

#### Haushaltsplan 2007 Vereinigten Stiftungen

Wie schon unsere Oberbürgermeisterin in ihrer Rede zur Haushaltseinbringung sagte, steht der Haushalt ganz im Zeichen der Sanierung und Renovierung des Stiftsgebäudes.



Wir haben in den Haushaltsberatungen uns nochmal kritisch auf die notwendigen und sinnvollen Arbeiten verständigt. Dem Ergebnis entsprechend der Vorlage der Verwaltung stimmen wir zu.“

- - -

Oberbürgermeisterin Büsse-maker merkt an, dass sie heute Abend sehr unterschiedliche Sichtweisen erfahren habe, was Ettlingen betreffe und wo Investitionen vorgenommen werden sollen. Sie weist darauf hin, dass es im nächsten Jahr nicht mehr Events geben werde als bisher. Es sei auch keine neue Stelle „Öffentlichkeitsarbeit“ gebildet worden, diese sei nur aus dem Hauptamt in das Kultur- und Sportamt verlagert worden. Sie betont jedoch, dass sie heute nicht auf Details eingehen wolle.

Stadtrat Deckers schlägt vor, dass die Oberbürgermeisterin die gestellten Anträge nochmals kurz vorstellt und es dann eine kurze Sitzungsunterbrechung für die Fraktionsberatung gebe.

Nach kurzer Erläuterung der Anträge durch die Oberbürgermeisterin und einer Sitzungsunterbrechung, wird über die Anträge wie folgt beschlossen:

Haushaltsplan S. 117, Haushaltsstelle 1.0300.715000, Zuschuss an wirtschaftliche Unternehmen:

Der Antrag der FDP auf Reduzierung des Haushaltsansatzes um eine Millionen € auf den ursprünglichen Ansatz der Verwaltung von 145.000 € wird mit 21:15 Stimmen (2 Enthaltungen) abgelehnt.

Haushaltsplan S. 174, Haushaltsstelle 1.3320.700100, Förderung kultureller Veranstaltungen:

Dem Antrag der FDP, 5.000 € mehr für die Schubertiade einzustellen, wird mit 21:6 Stimmen (11 Enthaltungen) zugestimmt.

Haushaltsplan S. 190, Haushaltsstelle 1.4000.400000, Personalausgaben:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bei der Schuldnerberatung eine halbe Personalstelle mehr zu schaffen, wird mit 21:12 Stimmen (5 Enthaltungen) abgelehnt.

Haushaltsplan S. 196, Haushaltsstelle 1.4520.400000, Personalausgaben:

Der Einstellung von Mitteln in Höhe von 25.000 € für eine halbe Stelle Schulsozialarbeit an den Ettlinger Schulen wird mit 36:1 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt.

Haushaltsplan S. 324, Haushaltsstelle 2.3651.940300, Wettbewerb Außenbereich Schloss:

Der Antrag der Freien Wähler, 75.000 €, die für einen Ideenwettbewerb für die Verschönerung des Schlossvorplatzes eingestellt worden sind zu streichen, wird mit 28:4 Stimmen (6 Enthaltungen) abgelehnt.

Haushaltsplan S. 338, Haushaltsstelle 2.5800.950800 Erneuerung Fliesenkunst Horbachpark:

Der Entfernung eines Teiles der gefliesten Bauwerke im Horbachpark (Antrag der Freien Wähler) wird mit 30:7 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

Haushaltsplan S. 357, Wasserläufe/Wasserbau

Oberbürgermeisterin Büsse-maker erklärt hierzu, dass erst eine neue Haushaltsstelle gebildet werden müsse.

Der Bildung einer neuen Haushaltsstelle und die Einstellung von Mitteln in Höhe von 300.000 € (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) für die Altbrenaturierung wird mit 35:0 Stimmen (3 Enthaltungen) zugestimmt.

Stadträtin Saebel erläutert, dass hier voraussichtlich eine 50 %ige Förderung möglich sein werde.

Bürgermeisterin Petzold-Schick berichtet, dass im nächsten Jahr ein Maßnahmenkatalog im Gemeinderat verabschiedet werden soll und Frau Saebel diesen auf Anfrage bereits erhalten habe. Sie ergänzt, dass es die Förderung zwar noch nicht gebe, diese jedoch kommen werde.

Oberbürgermeisterin Büssemaker betont, dass die Maßnahmen nur durchgeführt werden würden, wenn die Stadt die Zuschüsse hierfür erhalte.

Haushaltsplan S. 363, Haushaltsstelle 2.7650.940100, Neuanlage Innenstadt WC-Marktplatz:

Der Antrag der SPD-Fraktion für ein oberirdisches behindertengerechtes und barrierefreies Kernstadt-WC 100.000 € in den Haushalt einzustellen, wird mit 21:13 Stimmen (4 Enthaltungen) abgelehnt.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 30.000 € für die Öffnung und Reinigung der Toiletten am Rimmelspacher Platz einzustellen, wird mit 22:5 Stimmen (11 Enthaltungen) angenommen.

Haushaltsplan S. 377/378 (Unterabschnitt muss neu gebildet werden)

Die SPD-Fraktion hat hierzu beantragt, eine Planungsrate von 50.000 € für eine gemeinsame Sporthalle für die Höhenstadtteile einzustellen.

Stadtrat Foss lässt wissen, dass eine Aussprache hierüber noch nötig sei, da der Antrag der SPD-Fraktion im Widerspruch zu dem Amtsblattartikel stehe und es Überlegungen im Ortschaftsrat gebe, die Turnhalle der Johann-Peter-Hebel Schule eventuell für Veranstaltungen umzugestalten. Seiner Meinung nach müssten hierzu erst Gespräche mit Vereinen und den Ortschaftsräten geführt werden.

Stadtrat Lorch weist darauf hin, dass sich diese Klärung seit 20 Jahren hinziehe und die im Amtsblattartikel erwähnte Mehrzweckhalle nicht erreichbar sei und er daher seinen Antrag reduziert habe.

Stadtrat Neumeister betont, dass er eine Halle für die Höhenstadtteile befürworte. Er ergänzt, dass sich die ARGE und die Ortschaftsräte klar für das künftige Vorgehen positioniert hätten. Die neuen Gedanken von Stadtrat Lorch seien zwar positiv, jedoch müsste erst die Rücksprache in den entsprechenden Gremien erfolgen. Seiner Meinung nach würde die Einstellung von Mitteln in den Haushalt 2008 ausreichen.

Oberbürgermeisterin Büssemaker lässt wissen, dass sie keine zusätzlichen Hallen in den Höhenstadtteilen befürworte.

Stadtrat Deckers stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Diesem wird mit 31:2 Stimmen (5 Enthaltungen) zugestimmt.

Bei der nachfolgenden Abstimmung wird die Einstellung einer Planungsrate in Höhe von 50.000 € mit 23:9 Stimmen (6 Enthaltungen) abgelehnt.

Haushaltsplan S. 379, Haushaltsstelle 2.8800.932000, Grunderwerb:

Antrag der FDP, den um eine Million € erhöhten Ansatz auf den ursprünglichen Ansatz der Verwaltung von 0 € wieder zu reduzieren.

Stadtrat Foss erläutert, dass unabhängig von der Unterbringung der Stadtinformation hierüber entschieden werden müsse. Seiner Meinung nach müsse die künftige Nutzung erst noch geprüft werden und die Stadtinformation dort sei nur eine Option.

Stadtrat Stemmer betrachtet den Haushaltsplanansatz neutral und weist darauf hin, dass man bei den Einnahmen bei den Grundstücken 1,95 Millionen € habe und man daher 1 Millionen € für die Ausgaben veranschlagen könne.

Stadträtin Eble stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier stellt fest, dass es keine weiteren Redner gibt und bittet um Abstimmung über die Reduzierung der eine Million €.

Der oben genannte Antrag wird mit 28:9 Stimmen (2 Enthaltungen) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Büsselmaier liest die Haushaltsatzung der Stadt Ettlingen für das Haushaltsjahr 2007 unter Berücksichtigung der oben genannten Anträge vor:

#### § 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je	109.254.980 €
davon	
im Verwaltungshaushalt	92.559.600 €
im Vermögenshaushalt	16.695.380 €
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von	3.353.050 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von	7.173.500 €

#### § 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 6.000.000 € festgesetzt.

#### § 3

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe auf	230 v. H.
1.2 B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge	300 v. H.
2. Gewerbesteuer	

vom Gewerbeertrag auf  
der Steuermessbeträge.

350 v. H.

Bei darauf folgenden Abstimmung wird die Haushaltssatzung mit 24:5 Stimmen (9 Enthaltungen) beschlossen.

- - -